

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Preussischland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die schlagfertige Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Anzeigen für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Sonnabend, den 15. März 1902. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Offenherzige Militärs.

Mit dieser Bestimmung muß der wahre Patriot bemerken, daß auch im Heere nicht mehr alles so ist, wie es sein sollte. Früher erschien dem Mann in der Uniform die Armeedienst als ein Ding für sich, das sonst niemand etwas anging und aus dem brennliche Vorkommnisse auszulandern als großes Verbrechen galt, das sich nur sehr selten ereignete. Diese Geheimnisthämerei war namentlich für jene Vorgesetzten, die Uebergriffe liebten, sehr bequem, denn sie brauchten dabei nicht zu fürchten, daß ihr Treiben ans Tageslicht kam.

Aber auch die hehrsten und heiligsten Einrichtungen gehen unter dem Gifthauch des modernen Geistes, den besonders die dreimal verführte Socialdemokratie auf dem Gewissen hat, zu Grunde und so kommt es, daß die Fälle sich häufen, wo Offiziere, die sich ungerecht behandelt glauben, über ihr Schicksal ganze Proschüren schreiben und diese dann fallweise in die Öffentlichkeit werfen. Im letzten Monat sind auf einen Schlag gleich zwei solcher Schriften erschienen und zwar noch dazu in der heiligen Reichshauptstadt, während früher der Ausgabeort derartiger frevelhafter Werke zumeist Stuttgart war. Die eine Flugschrift heißt: „Mein Ehrenhandel mit dem Oberst und Flügeladjutant v. Schwarzkoppen und dem Oberst und Abteilungschef im Generalstab v. Bernhardt“ von Hauptmann A. D. Fritz Hönig; die zweite „Meine Erlebnisse in der Militär-Rechts- und Offizier-Ehrengerichts-Pflege“ von A. Hüger, preussischer Oberst a. D. (beide bei Hermann Wollher, Berlin).

Die erstere, die auch die interessantere ist, beweist wieder einmal, wie herrlich weit es „das Volk der Denker und Kritiker“ unter dem Militarismus gebracht hat. Es wird uns hier gezeigt, wie der bekannte dieser Tage gestorbene Militärhistoriker Fritz Hönig für seine rein wissenschaftlichen Arbeiten kurzerhand mit der Pistole attackiert wurde. Herr Hönig hatte nämlich 1899 ein auf Grund eingehender Vorarbeiten verfaßtes Werk „Die Wahrheit über die Schlacht von Bornville-Wars la Cour“ veröffentlicht, in dem der verstorbene General von Schwarzkoppen, der in der genannten Schlacht eine Division kommandierte, nicht günstig, aber durchaus nicht beleidigend beurteilt wurde. Durch diese Kritik fühlte sich jedoch der Sohn des Generals, der nunmehrige Oberst und Flügeladjutant v. Schwarzkoppen beleidigt, und darum ließ er Herrn Hönig, der, nebenbei erwähnt, fast blind war, durch den General à la suite des Kaisers General v. Rolke fordern. Herr v. Schwarzkoppen scheint also der Meinung zu sein, daß Geschichte unter garter Rücksichtnahme auf die noch lebenden Söhne, Enkel, Vettern und Waisen der historischen Persönlichkeiten geschrieben werden muß, während andre Leute freilich sagen, daß die Geschichte nur die Wahrheit als ihre Richtschnur anerkennen soll. Ferner sei noch erwähnt, daß Herr von Schwarzkoppen, obwohl er Flügeladjutant des Kaisers ist und sein Kartellträger ein General à la suite des Kaisers war, die von Wilhelm II. am 1. Januar 1897 erlassene Duellorder nicht innehielt. Dem entgegen dieser Vorchrift schickte er, noch ehe er sich an den Ehrentat wendete, die Forderung ab. Herr Hönig wies jedoch die letztere zurück, da er ein rein wissenschaftliches Buch geschrieben habe und man wissenschaftliche Kämpfe doch nicht mit der Pistole anschießen könne.

„Was ich schreiben“, meinte Hönig sehr richtig, „werde ich mit der Feder durchschneiden, nicht mit Pistolen. Wenn ich mich in der Beurteilung Schwarzkopps geirrt haben sollte oder seine Handlungen unrichtig dargestellt, so bin ich jederzeit bereit, das öffentlich zu berichtigen, sobald mir meine Irrtümer nachgewiesen sein werden; dies zu thun, stelle ich dem Oberst von Schwarzkoppen anheim.“ Der Oberst von Schwarzkoppen hat dies aber wohlweislich nicht, sondern er übergab die Sache dem Ehrengericht, das Herrn Hönig nach langen Verhandlungen die Erlaubnis zum Tragen der Uniform entzog, weil er sich mit Herrn von Schwarzkoppen nicht geschossen hatte. Wir haben also das schöne Bild vor uns, daß eine staatlich anerkannte Institution einen Militärhistoriker dafür bestraft, daß er eine rein wissenschaftliche Streitfrage nicht mit dem Schwerte ausfechten wollte, also eine vom gesetzlich en, menschlichen und wissenschaftlichen Standpunkt aus gleich verwerfliche That nicht beging.

In der nämlichen Zeit, in der Herr Hönig sich mit dem Ehrengericht herumstritt, wurde er noch einmal mit einer Forderung bedacht, und zwar wieder wegen seiner publizistischen Thätigkeit. Dieses Mal fühlte sich der Oberst und Abteilungschef im Generalstab, v. Bernhardt, „beleidigt“. Hönig hatte nämlich das furchtbare Verbrechen begangen, auf einen sehr scharfen, wirklich beleidigenden Angriff seitens Bernhards scharf zu antworten. Wahrscheinlich hätte er die Vorwürfe des Herrn Obersten in stillgestanden, die Hände hübsch an der Hosennast, gehorsamst hinnehmen sollen. Weil aber Hönig sich entsprechend zu erwidern erlaubte, schickte Herr v. Bernhardt dem besagten Hauptmann eine Forderung. Hönig lehnte auch diese ab, und zwar mit der Begründung, daß nicht er, sondern Bernhardt der Angreifer gewesen sei.

Aber noch einmal hat Hönig Herrn v. Bernhards Horn auf sich, indem er im vorigen Jahre eine Studie über den Prinzen Albrecht (Vater) veröffentlichte, in welcher er dem verstorbenen preussischen General der Kavallerie v. Bernhardt kein günstiges Zeugnis ausstellte. Der oben erwähnte Herr v. Bernhardt ließ daher in der frumden „Neuen Zeitung“ eine Erklärung los, daß er Herrn Hönig wegen dieser Beurteilung recht gern fordern würde,

wenn Hönig nicht infolge des ehrengerichtlichen Spruches (Ab-erkennung der Erlaubnis zum Tragen der Uniform) satisfaktionsunfähig geworden wäre. Herr v. Bernhardt ist also gerade so wie Herr von Schwarzkoppen der Meinung, daß man dem Historiker mit der Pistole die nötigen Lehren geben dürfe. Und dabei war Herr v. Bernhardt Chef der Abteilung I für Kriegsgeschichte des Großen Generalstabes! Man kann sich hier einen Versuch darauf machen, wie „objektiv“ die offizielle preussische Kriegsgeschichte gehalten sein muß, wenn ihre Verfasser dabei die Pistole miteinreden lassen!!

Was nun die zweite Proschüre, also jene des Herrn Obersten A. Hüger anbelangt, so ist sie ein Unikum, denn ihre Verfasser erzählt hier größtenteils Dinge, die er besser für sich behalten würde. Er giebt, ohne es zu wollen, geradezu ein Dokument für die Gefährlichkeit des militärischen Beschwerbeweges. Ganz harmlos erzählt er uns, wie er selbst einen Hauptmann, der sich über ihn beschwert hatte, jahrelang verfolgte, ihn ins Gefängnis und zuletzt sogar um seine Existenz zu bringen suchte. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Herr Oberst Hüger hatte 1896 als Kommandeur des württembergischen Feldartillerie-Regiments Nr. 13 den Befehl gegeben, daß in diesem Regiment das Pferdgeschirr nicht mehr im Stall gepuht werden sollte. Praktisch bedeutet dies, daß das Geschirr im Freien gepuht werden mußte, was während der kalten Jahreszeit für die Mannschaften natürlich sehr unangenehm war. Am 13. Februar 1897 nun erstoppte der Oberst die Batterie des Hauptmanns Schmaß zum zweitenmal dabei, wie sie im Stall das Pferdgeschirr reinigte. Infolge dessen erteilte der Oberst der Batterie in einem Regimentsbefehl, der auch vor den Mannschaften und Unteroffizieren des Regiments verlesen wurde, eine Rüge. Der Hauptmann Schmaß fühlte sich dadurch gekränkt und beschwerte sich. In der Beschwerdeschrift führte der Hauptmann aus, daß er einen solchen Befehl des Obersten überhaupt nicht kenne, denn der Oberst gebe so viele Anordnungen, daß es unmöglich sei, sich an alle zu erinnern.

„Ich erkläre mich“, schrieb der Hauptmann, „außer Stande, alle die tief in Kleinigkeiten des Batteriebetriebes einschneidenden Bestimmungen noch im Gedächtnis zu haben, aber ich kann durch Zeugen beweisen, daß der Herr Oberst gegebenen Falls solche Bestimmungen, welche teils in Parolebefehlen, Umlaufschreiben, teils auf zur Runderung zurückgegebenen Liebungzetteln, teils mündlich gegeben waren, wiederholt als ledigliche Anhaltspunkte, gute Ratsschläge etc. nachträglich bezeichnet hat, welche gar nicht die eigne Befehlsfreiheit des Batteriechefs beschränken sollen.“ In diesem zur Begründung der Beschwerde durchaus nötigen Satz, der gewiß nicht aggressiv gehalten ist, endete der Oberst aber eine Ächtungsverletzung und auch noch eine Beleidigung!! „Eine Ächtungsverletzung“, meint er, liegt in den Worten: „tief in die Kleinigkeiten des Batteriebetriebes einschneidenden“, indem er (nämlich der Hauptmann) sich damit eine abfällige Kritik über meine Befehle erlaubte. Die Beleidigung liegt ausschließlich in den Worten „gegebenen Falls nachträglich“, indem mir damit ein Rücktrittswillens für meine Befehle, eine Unloyalität, ja eine gewisse Feindschaft gegenüber meinen Untergebenen vorgeworfen wird.“ Das alles wollte der Oberst natürlich furchtbar bestrafen wissen und so zog er nach und nach alle Register gegen den Hauptmann. Er suchte ihn vor das ordentliche Gericht, dann vor das Ehrengericht zu bringen, aber — zur Ehre der militärischen Behörden sei es betont — alles mißlang. Dies regte den Obersten derart auf, daß er durch sein Benehmen zuletzt selbst unter die ehrengerichtlichen Räder geriet und nun eine Proschüre losließ, die ihn gerade nicht im schönsten Licht erscheinen läßt.

So viel über die beiden Proschüren. Auch sie sind Symptome dafür, daß der moderne Geist, der den höchsten Gerichtshof in der Öffentlichkeit, im Volk erblickt, auch in die Arme eingedrungen ist. Der preussische Kriegsminister behauptete allerdings, solche Proschüren berührten die Armeedienst nicht im geringsten. Warum aber, Excellenz, werden sie dann in der Kaserne strengstens verboten, warum suchte man in das Unsturzgesetz einen besonderen Paragraphen gegen solche Flugschriften einzufügen?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. März.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erklärte am Freitag die Wahlen der Abg. Oslander (natl., 7 Marienwerder) und Rische (natl., 6 Wiesbaden) für gültig, beschloß dagegen über die Wahl des Abg. v. Alten (kons., 6 Schleswig-Holstein) Beweishebungen zu veranstalten. Die Wahl müssen die Wahlbeeinflussungen sein, wenn selbst dieses Haus Beweishebungen beschließt!

Hierauf begann die Beratung des Kapitels des Kultus- etats „Elementarschulwesen“. In der Debatte verbreitete sich Abg. Geisler (L.) über die Ausbildung der Volksschullehrer, für die nach seiner Meinung die höheren Schulen und Universitäten nicht geeignet sind, sondern wie bisher die Präparandenanstalten und Seminare. Die Abg. Noeren (L.) und Faltin (L.) protestierten, wie bereits in einer früheren Sitzung, gegen die Erteilung des Religionsunterrichts an polnische Kinder in deutscher Sprache. Abg. Faltin, der wieder das Verlangen nach einem konfessionellen Volksschulgesetz auf christlicher Grundlage laut werden ließ, übte scharfe Kritik an dem ganzen System des Kampfes der preussischen Regierung gegen die Polen, ein System, das nur

radikale Socialdemokraten erzeuge. Herr Faltin, der als Schlesier tiefen Schmerz über die Verdrängung des Pfaffen- elements durch die Socialdemokratie empfindet, scheint von den wirtschaftlichen Ursachen, die mit Notwendigkeit selbst in den dunkelsten Gegenden den Sieg der Socialdemokratie vorbereiten, nichts zu verstehen. Die Antwort des Ministers Studt bewegte sich in den üblichen Redensarten über die großpolnische Gefahr.

Nachdem noch Abg. Weis (L.) gegen die Simultanschulen gewettert hatte, vertagte das Haus die weitere Beratung des Elementarschulwesens auf eine Abend-sitzung. Es ist charakteristisch, daß schon seit Jahren dieses wichtige Kapitel des Kultus-etats in Abend-sitzungen erledigt wird, in denen erfahrungsgemäß von einer gründlichen Kritik nicht die Rede sein kann.

Die Erschöpfung einer Massenwanderung

über die deutschen Nordseefischen zeigt sich gegenwärtig als Folge der schlechten Wirtschaftslage in Mitteleuropa. In den Monaten Januar und Februar 1902 sind über Hamburg und Bremen ca. 35 000 Personen ausgewandert, gegen ca. 23 000 in 1901, ca. 24 000 in 1900, ca. 16 000 in 1899 und ca. 10 000 in 1898. Die Auswanderer- massen rekrutieren sich fast ausschließlich aus den Ostprovinzen Deutschlands und den angrenzenden slavischen Provinzen Rußlands und Oesterreichs.

Der Zustrom der Auswanderer nach Bremen ist, wie uns aus Bremerhaven geschrieben wird, zur Zeit derart groß, daß es dort an Unterkunfts-Räumen mangelte. Es sind deshalb circa 1000 der Europamüden in das dortige Parkhaus, weitere Hunderte in den Schützenhof und ähnliche Räume einquartiert worden. Fortgesetzt treffen aber an 900 Auswanderer täglich in Bremen ein, so daß der Norddeutsche Lloyd bereits gezwungen gewesen ist, eine große Anzahl der Leute mit Extrazügen von Bremen nach Bremerhaven zu befördern, wo sie bis zur Abfahrt der transatlantischen Dampfer teils in der Rauchschantzantone am Kaiserhafen und teils in einer Anzahl Weißblechbaracken des Chinakriegs-Lazarets kampieren. In der Antenne waren am Mittwoch 250, in den Baracken 800 Mann einquartiert, weitere Auswanderermassen werden im Barackenlazarett erwartet. Am Dienstag hat der „Kaiser Wilhelm der Große“ außer 300 Kaiserlichspassagieren 700 Zwischendecker nach New York mitgenommen, heute, Donnerstag, ist — wie uns aus Bremerhaven gemeldet wird — die „Cresfeld“ mit 900 Auswanderern nach dort gefolgt, am Samstag wird die „Gera“ 1500 Zwischendecker expedieren. Am des gewaltigen Auswandererandrangs Herr zu werden hat der Nordd. Lloyd die „Batavia“ der Hamburg-Amerika-Linie gechartert, mit der Anfang nächster Woche ca. 2400 Zwischendecker die Weiter verlassen sollen. Weiter soll der eben von einer viermonatigen Auftragsreise zurückgekehrte Lloyd-Dampfer „Prinzregent Luise“ der zu längerer Reparatur auflegen sollte, nordwärts zum Auswanderertransport hergerichtet und nach New York abgefertigt werden. Den Ausfall, den der Norddeutsche Lloyd seit längerem durch die niedrigen Frachttarife erlitten, holt er durch den jetzigen Passagierandrang wieder ein. Dem Volkswirtschaftler ist diese Massenwanderung ein Zeichen bedeutender ökonomischer Verfestigung. Die Erschöpfung ist — so weit Ostelbien in Betracht kommt — wohl im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die westdeutsche Industrie gegenwärtig nicht aufnahmefähig ist und der bisherige Abfluß von dem Osten nach dem Westen Deutschlands nun über das Meer geleitet wird.

Die Agrarphilosophen, die eine Hemmung der Industrie-Entwicklung wünschen, um die „Entösterung des Ostens“ zu steuern, mögen aus der jetzigen Zunahme der Auswanderung lernen, daß die Bevölkerung des Ostens nur die Wahl hat, in der deutschen Industrie des Westens Aufnahme zu finden oder auswandernd dem deutschen Nationalökonom an Menschen überhaupt verloren zu gehen. Wegen der Abfluß aus dem Osten würde nur eine Industrialisierung des Ostens helfen oder eine — allerdings vorläufig nicht zu erwartende — völlige Wenderung der politisch-rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landproletariats. Aus dem Paradies der Junter strebt eben jeder heraus.

Deutsches Reich.

Die junkerliche Bolldemonstration im Abgeordnetenhanse soll vor Ostern nicht mehr vor sich gehen. Die konservativen Bolldreiber wollen die Osterferien zu der Ueberlegung nutzen, wie weit sie die erfolgreiche Taktik der Kanalrebellion in den Bolldampf einführen sollen.

Wie es kommen kann. Der offiziös bediente „Hamburgische Korrespondent“ meint — wir haben diese Ansicht schon des öfteren ausgesprochen —, daß die Regierung schließlich auf den neuen Bolldampf verzichten wird und auf Grund des bestehenden Tarifs Handelsverträge abschließen wird. Das Blatt schreibt in diesem Sinne:

„Daß es auf dem eingeschlagenen Wege überhaupt geht, daß der Reichszolltarif ohne die Basis eines gleich festgelegten Zolltarifs in Handelsverträgen Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten wird eintreten müssen, um dann schließlich dem Reichstag statt der Frage: „Höher oder niedere Zölle?“ die andre: „Ganz oder teilweise oder nicht?“ vorzulegen — diese Erkenntnis scheint nachgerade auch in den Kreisen der verbündeten Regierungen mehr und mehr Platz zu greifen. Unter dem Eindruck dieser Thatfache, die an Bedeutung alle politischen Fragen der letzten Monate weit übertrifft, ist der Reichstag heute in die Osterferien gegangen.“

Es kann so kommen! Die Bolldopposition aber hat allen Anlaß, auf dieses „kann“ nicht zu rechnen, sondern unablässig die große

drohende Gefahr im Auge zu behalten, daß die Agrarvereine sich schließlich doch noch auf den Regierungsentwurf verständigt.

Ueber die geplanten Zollwucherdiäten teilt die „Meinlich-Westfälische Zeitung“ folgende Einzelheiten mit:

Eine außerordentliche Sitzung des Bundesrats war am Montag anberaumt worden, um über den Antrag betr. Diäten für die Zolltarif-Kommission zu beraten. Der „Reichs-Anzeiger“ meldete fälschlich in seiner Montags-Ausgabe, daß diese Sitzung stattgefunden habe. Tatsächlich war sie im letzten Augenblick abgesetzt worden, denn die Vorlage war aus nicht bekannt gewordenen Gründen noch nicht wieder aus dem kaiserlichen Zivilkabinett an den Reichskanzler zurückgelangt. Am Dienstag wurde dann die Vorlage in einer Viertelstunde kurzerhand erledigt. Es befiel sich, daß darin ein Postquantum von je 2400 M. ausgesetzt wird, im ganzen also, da die Zolltarif-Kommission 28 Mitglieder zählt, eine Summe von 67200 M. Da die Mitglieder der Zolltarif-Kommission mehrfach wechseln werden, so soll diese Gesamtsumme dem Reichstags-Präsidenten zur Verteilung an die einzelnen, in den Kommissionen vertretenen Fraktionen überwiesen werden, die sie weiter verteilen werden.

Die Sozialdemokratie ist sich einig darüber, daß diese Dotierung zur Durchsetzung volksfeindlicher Gesetze unannehmbar ist.

Die Aufhebung des Octrois. Die Dresdener Stadtverordneten haben sich, wie uns aus Dresden telegraphiert wird, der Petition des Rates an den Reichstag angeschlossen. In der Petition wird gegen den Antrag Fitzhaid, der die Aufhebung der Lebensmittel-Versteuerung für die Gemeinden verlangt, Stellung genommen und der Wunsch ausgesprochen, der Reichstag möge den Antrag ablehnen.

Bekanntlich hat die große Mehrheit der Kommission, Sozialdemokraten, Freisinnige und Centrum, die Aufhebung der städtischen Lebensmittel-Steuern beschlossen.

Ein alter Schwindel. Unter der Ueberschrift „Bauernfänger“ finden wir in der „Eldinger Zeitung“ wieder die schöne Erfindung, daß Hebel „einst“ in der Kommission über den Antrag Ratig gelangt habe:

„Wenn Sie mir sagen, in zwei Jahren werde die ganze Landwirtschaft kaputt sein, so würde das für mich die erfreulichste Aussicht sein.“

Der Satz stammt allerdings von einem Bauernfänger und zwar von einem Hebel. Genosse Hebel hat wiederholt den bloßen Centramtschwindel als Lüge öffentlich gekennzeichnet.

In den Spuren des „forsischen Vardens“. Da die Pelinger Instrumente also wirklich in Deutschland bleiben, möchten wir den „maßgebenden Kreisen“ die Lektüre des französischen Werkes „Bichologie des Berufs Soldaten“ von A. Hamon (deutsch bei Aug. Diekmann, Leipzig) empfehlen. Wir greifen aus dem Buche folgende Stellen heraus:

Der Diebstahl war reglementarisch und wurde von allen so systematisch betrieben, daß Bonaparte am 18. Februar 1797 an das Direktorium schreiben durfte: Die Kunstmission hat in Varenna, Rimini, Pesaro, Ancona, Loreto, Perugia eine ausgiebige Beute gemacht, alles das werde ich Euch senden. In Bukarest befindet sich heute noch eine Uhr, welche von Marschall Pelissier bei der Einnahme von Sebastopol in einer Kirche gestohlen wurde. — Das große Aengst auf der Sankt Martinskirche in West ist ein gestohlenes, es stammt ebenfalls aus einer Kirche von Sebastopol usw. usw.

Wenn Herr Hamon sein Werk in einer neuen Auflage erscheinen läßt, wird er wohl die neuen deutschen Erscheinungen berücksichtigen.

Die vertragswidrige Occupation Tientsin

wird noch immer nicht aufgehoben. Die „Times“ melden aus Peking vom 18. März: Heute hat hier eine Versammlung der Gesandten Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans und Rußlands stattgefunden, deren Vertreter die provisorische Verwaltung von Tientsin bilden, um die Antwort in Erwägung zu ziehen, welche auf die Depesche des chinesischen Auswärtigen Amtes erteilt werden soll, in der dieses anfragt, wann die ausländische Verwaltung der Stadt aufgehoben werden soll. Die Versammlung kam zu keinem Beschluß. Die Gesandten waren außer Stande, sich über Tag und Modus der Wiederübergabe der Stadt an die Chinesen zu entscheiden, und beschlossen, die Frage den fremden Garnisonen in Tientsin kommandierenden Generalen vorzulegen. Der deutsche Gesandte sprach seine Bereitwilligkeit aus, der Aufhebung der ausländischen Verwaltung der Stadt innerhalb angemessener Frist zuzustimmen.

Bekanntlich hatten die in Tientsin kommandierenden Generale sich bereits einmal mit der Angelegenheit befaßt, doch war der von englischer Seite angegebene Vorschlag, die Verwaltung an China zurückzugeben, an dem Widerstand des deutschen Kommandanten gescheitert, der erklärte, daß die Frage eine diplomatische sei. Nachdem sich nunmehr auch die Diplomaten nicht einigen konnten, soll die Angelegenheit wiederum den Generalen unterbreitet werden. Was die diplomatische Lösung der Frage hindert, ist aus der „Times“-Meldung nicht ersichtlich. Das Resultat der Zurückweisung an die doch als unzuständig angesprochenen ersten Instanz wird nichts anderes sein, als eine Verschleppung der Sache, eine Verlängerung des gegenwärtigen völkerrechtswidrigen Zustandes.

Eine Prognose

Ist in amerikanischen „gelben“ Blättern gegen Deutschland just bei der Abreise des Prinzen Heinrich aufgeblasen. Es handelt sich dabei um eine Intrigue gegen den deutschen Votschaffer in New York, v. Holleben, dem von einem früheren Angestellten der deutschen Botschaft Namens Witte nachgesagt wird, daß er, Witte, die Beweise dafür in Händen habe, daß v. Holleben eine große Anzahl deutscher Spione unterhalte und große Mobilisierungspläne für einen Krieg gegen Amerika ausgearbeitet habe usw. Witte soll schon früher diese Dokumente amerikanischen Staatsmännern angeboten haben, die es jedoch abgelehnt hätten, sich mit ihm irgendwie einzulassen. Es wird behauptet, Witte sei ein ganz gewöhnlicher Expreser und Revolverjournalist, der mit seinen angeblichen Enthüllungen schon seit geraumer Zeit ein Geschäft zu machen versucht habe.

Ueber die Angelegenheit liegen noch folgende Telegramme vor: London, 14. März. Dem „Daily Telegraph“ wird aus New York gedruckt: Die deutsche Botschaft veröffentlichte eine amtliche Darlegung betreffs der von Witte gegen den Votschaffer v. Holleben gerichteten Anschuldigungen. Der Zwischenfall sei dadurch nach allgemeiner Ansicht beendet, falls keine besseren Beweise als Wittes unbefähigte Aussagen beigebracht werden.

Nach einem New Yorker Telegramm des „Standard“ finden die Anschuldigungen gegen den Votschaffer v. Holleben keinen Glauben. In maßgebenden Kreisen glaube niemand, daß er für die Präsidentschaftskandidatur Bryan intrigiert habe, um eine Marineinfanterie am Karibischen Meer zu erlangen, welcher Plan den Republikanern nicht die geringsten Hoffnungen habe. Noch verächtlicher sei die Unterstellung, der englische Votschaffer in Washington Lord Pauncefoot habe seinen Einfluß bei dem Staatssekretär Hay gebraucht, um sich an Holleben für dessen Haltung gegenüber Pauncefoot in der Angelegenheit vom 14. April 1896 (europäische Intervention zwischen Amerika und Spanien) zu rächen. Man müsse sich entschuldigen, daß man diesen Klatsch der Gasse überhaupt erwähne.

Der New Yorker Korrespondent des „Morning Leader“ berichtet, Witte habe ihm angeblich den Votschaffer v. Holleben belastende Briefe für 25 Dollar im Kauf angeboten.

Die Prognose scheint also ziemlich harmlos verpuffen zu sollen. Im schlimmsten Fall wären die Enthüllungen Wittes auch gerade keine aufregenden Sensationen. Daß alle Mächte sich gegen Witte, das sie sich ihre militärischen Schwächen abzulassen, um bei einem etwaigen Konflikt ihrer durch allerlei dunkle Geheimnisse erlangte Wissenschaft auszuweisen, ist abzuklären. Warum sollte Amerika nicht auch von Deutschland beispiegelt worden sein, ebenso wie Deutschland selbst beispiegelt wird? Aus solchen Spionage-Affären, die nun einmal zum eigenen Bestand kapitalistisch-militärischer Staatsverträge gehören, pflegt man nach internationalen Brauch keine Staatsaktionen zu machen. Man geht erwiderten Spiegeln unbarmherzig zu Leibe; selbst alles andre deckt man dem Schleier diplomatischer Discretion. Selbst wenn Witte Beweise für seine Behauptungen erbringen könnte, würde also Amerika die Sache möglichst zu vertuschen suchen. Wahrscheinlich aber hat Witte allfällige Dinge gehörig aufbehalten. Voraussetzlich dürfte also die Mine, von der Prinz Heinrich vorahnd sprach, keinen besonderen Schaden anrichten.

Die Vergevaltigung der Polen, denen man durch den Volkstod ihre Nationalität abzuhäuten sucht, wird von der „Öst. Volks-Ztg.“ als staatsrechtswidrig bezeichnet. Das Blatt schreibt:

Zwar wurden die Polen nach der Teilung des Reiches Unterthanen der Teilungsmächte, aber der Wiener Kongreß bestimmte in Art. III: Die polnischen Unterthanen der vertragschließenden Mächte werden Einrichtungen erhalten, welche die Aufrechterhaltung ihrer Nationalität sichern, entsprechend den Formen politischer Systeme, welche jede der betr. Regierungen ihnen zu bewilligen für gut befinden wird. Dieses Jugeständnis wurde anerkannt in Art. I der Schlussakte des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815: Die Polen Rußlands, Oesterreichs und Preußens werden eine nationale Vertretung und nationale Einrichtung erhalten, geregelt nach dem Modus politischer Systeme, welche die betreffenden Regierungen ihnen zu bewilligen für nützlich und angemessen erachten werden. Dieser Vertrag wurde vom König Wilhelm III. genehmigt für uns und unsere Nachfolger. Friedrich Wilhelm IV. erkannte den Vertrag ebenfalls an in einem Erlaß, der von dem damaligen Prinzen von Preußen, späteren Kaiser Wilhelm I. gegenzeichnet wurde. Man kann also nicht einfach sagen: Mit dem Wiener Kongreß, das ist schon lange her.

Mit Recht erklärt das rheinische Centrumblatt, daß unter der Sicherung der Nationalität doch in erster Linie die Pflege der Sprache und Sitte verstanden werden müßte. Die Zwangsgermanisierung widerspricht also nicht nur der Humanität und einer vernünftigen Politik, sondern auch dem verbrieften formalen Recht!

Kommunale Wahlrechtung. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Die reaktionären Parteien des hiesigen Gemeinderats planen einen Anschlag auf das kommunale Wahlrecht, der in erster Linie die Bedrängung der Sozialisten aus der Bürgervertretung zur Folge haben würde. Sie wollen nämlich an Stelle der bisherigen Wahlen nach lokal abgegrenzten Bezirken die Listenwahl einführen unter Zugrundelegung des gesamten Stadtgebietes als eines einzigen Wahlbezirks. Dadurch würde es den bürgerlichen Parteien natürlich möglich, durch Aufstellung einer gemeinsamen Kompromißliste, wie dies bereits bei den letzten Wahlen geschehen, die sozialistischen Wähler vollständig zu majorisieren und die Arbeitervertreter künftig vom Rathaus fernzuhalten. Bereits in früherer Zeit einmal, zu Anfang der 70er Jahre, bildete die Stadt bei den Gemeinderatswahlen einen einzigen Wahlbezirk. Das änderte sich Mitte der 80er Jahre nach Beendigung der Suspendierung des Gemeinderats wegen seiner protestantischen Haltung. Das Bezirkspräsidium verfügte damals die Einteilung der Stadt in Einzelbezirke, um den eingewanderten altsächsischen Elementen auch eine Vertretung im Gemeinderat zu sichern. Inzwischen ist an die Stelle der nationalpolitischen die parteipolitische Parole auch bei den Kommunalwahlen getreten und die Sozialdemokratie hat sich dabei zu einer Radikale in der Gemeinde emporgearbeitet, auf Grund deren sie vor einigen Jahren drei Vertreter auf das Rathaus zu entsenden vermochte. Die Bezirkseinteilung kam ihr dabei insofern zu statten, als sie in einzelnen Teilen der Stadt die sozialistischen Mehrheiten begünstigte. Immerhin war es infolge der bürgerlichen Kompromißbildung unserer Partei nicht möglich, eine ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechende Vertretung im Gemeinderat zu erkämpfen. Jetzt soll ihnen sogar das Wenige noch genommen werden, was sie bisher mit vieler Mühe erreicht hatten. Mit 14 gegen 18 Stimmen wurde dieser Tage vom Gemeinderat die Listenwahl beschlossen, und von der Entscheidung des Bezirkspräsidenten hängt es ab, ob dem Anschlag der Reaktionsäre auf das Wahlrecht der Straßburger Arbeitererschaft die behördliche Sanktion erteilt werden wird.

Ausland.

Schweiz.

Der Nachfolger Curtis. Zum Nachfolger des nach Frankfurt a. M. überfiedelnden Herrn Curti in untrer Kantonsregierung ist Herr Adolphi Heinrich Scherrer. St. Gallen auszuwählen und er hat die Annahme der Kandidatur bereits zugesagt. Herr Scherrer steht der Sozialdemokratie ziemlich nahe; er war von 1884 bis 1890 Centralpräsident des schweizerischen Grüllvereins, um dessen Förderung er sich Verdienste erworben, er ist auch der Schöpfer des schweizerischen Arbeitersekretariats. Gegenwärtig steht er an der Spitze der Gesellschaft für soziale Reform.

Belgien.

Die Sozialisten und die Lage in Belgien.

Die politische Situation in Belgien spitzt sich immer mehr zu. In einer gemeinsamen Sitzung der Liberalen Abgeordneten der Kammer des Senats erklärte Smet de Nayer, die Regierung werde unter keinen Umständen in die Diskussion über die Verfassungsänderung eintreten, bevor nicht die jetzige Diskussion über die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Provinz und Kommune, und bevor nicht die Budgetberatung beendet sei. Wie der Telegraph bereits gemeldet, hat mittlerweile der Minister diese Erklärung in der Kammer abgegeben und sie hat dort einen Sturm der Opposition entfesselt. Die Führung bei der Revisionbewegung liegt natürlich in den Händen der Sozialisten, welche die Liberalen mit sich förtreiben. In der neuesten Nummer des „Peuple“ machen sie den Liberalen klar, daß es jetzt gelte, das Ziel bis zu Ende zu verfolgen. Alle Anhänger der Verfassungsrevision müßten zusammenstehen und der Regierung und der Rechten begrifflich machen, daß man in Belgien nicht gegen den Willen des Landes regieren könne; das Verlangen nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht sei im belgischen Volk ein so starkes, daß nicht eher Ruhe und Frieden hergestellt werde, bis nicht dies Verlangen erfüllt sei.

Die sozialistische Föderation von Verviers hat dieser Tage Stellung zur Lage genommen. Derrinne beantragt, daß den Vertretern der Arbeiterpartei in der Konstituante (die gemeinsame Versammlung von Senat und Deputierten zum Zwecke der Verfassungsänderung) zur Pflicht gemacht werde, daß sie, falls die Liberalen dort den Tritt machen sollten, das Frauenstimmrecht zu beantragen, dagegen zu stimmen hätten. Vanderveelde, in Belgien wohl der energiegelteste Vertreter der Frauenrechte, wünschte zwar, daß den sozialistischen Vertretern in diesem Falle ihre Stellung vorbehalten bleibe; es wurde jedoch folgende Resolution angenommen, welche dem zu Ostern tagenden Parteikongrèß unterbreitet werden soll und welche die Stellung der sozialistischen Partei und deren Vertreter klar vorzeichnet:

In Erwägung, daß das Programm der Arbeiterpartei die Einführung des Wahlrechts für die Frauen verlangt, aber in Anbetracht des Umstandes, daß durch die Forderung der sofortigen Erfüllung dieses Rechts für die gesetzgebenden Körperschaften nichts anderes erreicht würde, als die unumgänglich notwendige Einigkeit aller Anhänger der Verfassungsrevision zu gefährden;

in Erwägung ferner, daß die Arbeiterpartei von jeher für die Proportionalverteilung als eine notwendige Ergänzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts eingetreten ist, sie auch die Enttragung des Prinzips derselben in die Verfassung anzunehmen bereit wäre, falls die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts an diese Bedingung geknüpft würde,

erklärt der Kongreß: bei der nächsten Konstituante auf die Forderung des Frauen-Wahlrechts zu verzichten und bei der Bewegung zu Gunsten der Verfassungsrevision lediglich die Erreichung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Männer zu verfolgen. Er ist der Meinung, daß, falls die Liberalen in der Konstituante die Einführung des Frauen-Wahlrechts vorschlagen sollten, es die Pflicht der Abgeordneten der Arbeiterpartei sein würde, gegen diesen Antrag zu stimmen.

Italien.

Die Regierung und die Sozialisten.

Wenn die Regierung bei der Wiedereröffnung der Kammer auch die Unterstützung der sozialistischen Partei erhielt, so hatte sie das in wesentlichen den Erfolgen zu danken, die sie im letzten Stadium der Eisenbahnerfrage erzielt hatte. Die Fraktion hatte vor der Kammeröffnung eine Zusammenkunft, in welcher über die Stellungnahme der Partei gegenüber der Regierung beraten wurde. Von Turati lag ein Telegramm vor, in welchem derselbe die Reaktion erforderte, für die Regierung zu stimmen, um nicht die für die Eisenbahner erzwungenen Erfolge zu gefährden. Der Abgeordnete Rofri, ehemaliger Eisenbahn-Angestellter, der mit Turati an den Verhandlungen über die Forderung der Eisenbahner im Ministerium teilgenommen hatte, vertrat dieselbe Auffassung. Er schlug die materielle und moralischen Erfolge der Eisenbahner nicht gering an und sprach ebenfalls den Wunsch aus, daß dies Ministerium im Ante bleibe, damit es die den Eisenbahner gemachten Zugeständnisse auch durchführe. Ferri meinte, auch ein Ministerium, welches das gegenwärtige ablöse, werde sich der Pflicht nicht entziehen können, den gemachten Zugeständnissen zur Durchführung zu verhelfen. Die Mehrheit der Abgeordneten schloß sich der Auffassung Turatis und Rofris an. Prampolini wurde beauftragt, in der Kammer eine dementsprechende Erklärung abzugeben; über diese hat der Telegraph bereits berichtet.

England.

Der Achtstundentag in den Bergwerken.

Der Antrag Bidards auf Einführung des Achtstundentages für die in den Bergwerken beschäftigten jungen Leute unter 21 Jahren ist auch in der zweiten Lesung wieder abgelehnt worden. Auch diesmal waren es wieder die „Arbeitervertreter“ Fenwick und Wilson, welche die durch Bidard vertretene Reform zu Fall brachten. Der Antragsteller hatte, um die Stimmen der Vertreter der Bergleute von Northumberland und Durham zu gewinnen, seine Forderungen wesentlich eingeschränkt, inwiefern wäre die Reform noch Tausenden von jungen Leuten zu gute gekommen. Der Antrag wurde mit 224 gegen 158 Stimmen abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit sei angeführt, daß seit dem Jahre 1800 die Kinderarbeit in den Bergwerken nicht weniger den 88-mal das Parlament direkt oder indirekt beschäftigt hat. Aber noch heute besteht der schmerzvolle Zustand weiter, daß, während ein großer Teil der Erwachsenen in den Bergwerken nicht länger als 7 Stunden arbeitet, Knaben im Alter von 13-16 Jahren 9, 10 und noch mehr Stunden beschäftigt werden. — Auch eine Folge des engherzigen Verstandes englischer Gewerkschaftspolitik.

Türkei.

Massenverhaftungen von Offizieren. Dem „Verl. Tagebl.“

wird aus Konstantinopel vom Freitag telegraphiert: Offiziere wurden wieder sechzig Verhaftungen von Offizieren vorgenommen. Unter den Verhafteten sind alle Rangklassen vertreten. Es herrscht das reine Schreckensregiment“, sagte mir ein höherer Offizier. Wenn das so weiter geht, wird bald kein befähigter Offizier mehr übrig sein, denn gerade die tüchtigsten Leute, die im Ausland ausgebildet sind, werden verbannt oder verschwinden sonstwie spurlos. Im besten Fall werden sie nach entlegenen Garnisonen im Innern verbannt. Bei der gegenwärtigen Stimmung in Macedonien, Bulgarien und Serbien ist dieses Vorgehen des Sultans äußerst bedenklich. Wir wissen aber, daß alles nur Mache seitens der fanatischen Ratgeber ist, welche in Ruad und allen fremdländisch gebildeten Offizieren den Fortschritt und die europäische Kultur hassen. Jetzt haben sie den Sultan zu bereben versucht, alle im Ausland studierenden Offiziere zurückzurufen. Was uns jedoch am meisten empört, ist die Ernennung der unfähigsten Leute zu Ehrenposten, so eines Generalmajor-Unteroffiziers unter Beförderung zum Major zum Chef der Militärpolizei von Konstantinopel, weil er den Angehörigen einiger Offiziere gespielt hat. Wäre es zu verwundern, wenn wir gegen jene Ratgeber komplottierten? Das Maß der Ungerechtigkeiten ist fast voll.“ Die Gesamtzahl der seit vierzehn Tagen verhafteten Offiziere beträgt hundertsechshundvierzig, darunter befinden sich fünf Divisionskommandeure. Ein Dekret des Ministers unterjagt allen Offizieren, europäische Klubs zu besuchen.

Parlamentarisches.

Die Brauntweinsteuer-Kommission

des Reichstags war am Donnerstagabend gerade nach beschlußfähig, obwohl ihre freisinnigen und sozialdemokratischen Mitglieder freitagen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) die Sitzung ausfallen zu lassen, da die Herren begommen und das Plenum soeben erst geschlossen hätte. Abg. Camp (Rp.) wies darauf hin, daß verchiedene Mitglieder nur deshalb ihre Abreise verschoben hätten, weil die Sitzung geplant gewesen sei. Abg. Wurm (Sec.) schloß sich dem Votum des Abg. Dr. Müller an. Zwischen einer so ausgedehnten Debatte und der Kommissionsitzung müßte eine Pause liegen. — Als dem Verlangen nach Vertagung nicht nachgegeben wurde, verließen die freisinnigen und sozialdemokratischen Mitglieder die Sitzung. — Die Stumpfkommission beriet dann den § 43a des Brauntweinsteuer-Gesetzes weiter.

Abg. Dietrich (kons.) beantragte folgenden Zusatz zu den Brenn-

steuerbestimmungen.
„Zu denjenigen am Kontingent beteiligten gewerblichen Brennereien, die Melasse, Rüben oder Rübensaft verarbeiten, wird, sofern sie in einem Betriebsjahre eine Alkoholmenge herstellen, die das im Jahre 1894 innegehabte Kontingent um mehr als ein Fünftel übersteigt, die Brennsteuer um 10 M. für jeden weiteren Hektoliter reinen Alkohols erhöht. In denjenigen Brennereien der bezeichneten Art, die nicht kontingentiert sind, tritt die gleiche Erhöhung insoweit ein, als ihre Gesamtzerzeugung 20 000 Hektoliter reinen Alkohols übersteigt. Gehen diese Brennereien zur Zerzeugung von Hefe über, so wird von dem betreffenden Betriebsjahre an die Alkoholmenge, die der um 10 Mark erhöhten Brennsteuer nicht unterliegt, um die Hälfte gekürzt. Neu entstehende Brennereien, die Melasse, Rüben, Rübensaft oder Holz, Torf oder andre Materialien verarbeiten, deren Schlempe nicht verästert wird, unterliegen für ihre gesamte Zerzeugung einer erhöhten Brennsteuer von 15 M. mit der Maßgabe, daß auch für die Zerzeugung bis zu 300 Hektoliter je 15 M. vom Hektoliter reinen Alkohols erhoben werden.“
Abg. Dietrich (l.) bemerkt zu seinem Antrag, die Melasse solle nicht zur Spiritusgewinnung ausgenutzt werden. — Abg. Müller-Zulda (l.) weist darauf hin, daß die Melasse doch auch ein landwirtschaftliches Nebenprodukt bei der Zuderfabrikation sei. Der Melassepreis liege in erster Linie zu technischen Zwecken geeignet. Prinzipiell wäre er für Streckung des Ablasses; für den Fall der Annahme beantrage er aber einen Zusatzlag nicht über 3 Mark hinaus.
Abg. Dr. Semler (nat.) beantragt für die Melassebrennereien folgende Bestimmung: Die um 10 M. erhöhte Brennsteuer tritt für die kontingentierten Melassebrennereien erst dann ein, wenn ihre Gesamtproduktion die Menge von 120 000 Hektoliter übersteigt; sie erfolgt für die unkontingentierten Melassebrennereien erst, wenn deren Gesamtproduktion die Menge von

20 000 Hektoliter überschreitet. Die Verteilung des über das Kontingent hinaus zugehörigen Exportkontingents wird im Verhältnis der zur Zeit bestehenden Kontingentmenge den am Kontingent beteiligten Melassebrennereien zugewiesen. Die Verteilung der zugehörigen Gesamterzeugungsziffer von 20 000 Hektoliter reinen Alkohols für die nichtkontingentierte Melassebrennereien erfolgt wie bisher. — Geheimrat Korenba erklärt, 15 M. Belastung für die Melassebrennereien seien allerdings nicht notwendig, auch nicht 10 M., aber 5 M. dürften angemessen sein.

Abg. Lude (S. d. L.) schlägt 6 M. vor. So wird auch beschlossen; ferner wird im Antrage Dietrich statt „Holz und Torf“, „Zellstoff“ und statt „1894“, im Vertriebsjahre 1894/95“ gesetzt und der so veränderte Antrag Dietrich angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, den 10. April, statt.

Der Boeren-Krieg.

Die Freilassung Lord Methuens

ist eine Thatsache. Darüber, ob diese Freilassung des verwundeten Generals aus freiem Antriebe Delarechs erfolgte, oder ob nicht inzwischen geheime Abmachungen zwischen den Boeren und Lord Methuen bezüglich eines Austausch Methuens gegen die Freilassung Cronjes oder Krugingers getroffen worden sind, schwebt noch völliges Dunkel. Eine englische Redaction im angezeigten Sinne scheint indes höchst wahrscheinlich.

Die Meldung von der Freilassung Lord Methuens hat in London einen vorzüglichen Eindruck gemacht. In Regierungskreisen wird angeklagt, daß die englische Regierung werde nunmehr entweder Cronje oder Kruginger in Freiheit setzen. Man glaubt, daß Lord Methuen, so bald sein Gesundheitszustand es erlaubt, nach England zurückkehren wird. — Die Morgenblätter erklären ziemlich einstimmig, daß Delarech sich durch die Freilassung Methuens als Gehlmann gezeigt habe. Mehrere Blätter fragen, welche Haltung die englische Regierung angesichts dieser Großmütigkeit einschlagen werde. Die meisten Blätter sind der Ansicht, seitens Englands sei die beste Antwort die, eine andre Haltung gegenüber den Boerenführern einzunehmen. „Daily News“ sagt, die Regierung habe eine gute Gelegenheit, um die Verbannungspromission zurückzuziehen. „Morningleader“ erklärt, es gäbe drei Arten, sich dankbar zu erweisen; 1. die Boeren künftighin nicht mehr als Banditen zu behandeln; 2. den Kambalangen freies Geleit zu geben und 3. Kruginger nicht als Rebellen, sondern als Kriegsgefangenen zu behandeln.

Ein neues erfolgloses Affelreiben.

Die Abendblätter berichten aus Hellbron vom 12. d. M.: Am Sonntag wurde ein neues großes Treiben veranstaltet. Die britischen Linien dehnten sich von Frankfurt auf dem rechten Flügel bis Lindley auf dem linken Flügel aus. Fünf verschiedene Kolonnen gingen in westlicher Richtung gegen Solwehoel vor, zwei Offiziere mit einer Kavallerie-Abteilung operierten vor den Truppen und suchten das Adenosterthal ab. Hierbei wurden neun Boeren gefangen genommen, die sich in Höhlen versteckt hatten. Leider gelang es aber der Hauptmacht der Boeren unter Meng, zu entkommen. Die Boeren trieben wieder eine Herde wild gemachter Kinder gegen die Blockhauslinie zwischen Peilbron und Solwehoel und brachen in der entstandenen Verwirrung fast alle durch. Insgesamt wurden 50 Boeren gefangen genommen.

Besorgnisse infolge der Niederlage Methuens.

In hohen militärischen Kreisen Englands werden ernstliche Besorgnisse geäußert, die von den Boeren eroberten Geschütze würden die gegen dieselben wehrlosen Blockhäuser schwer gefährden.

Waffenaburteilungen von „Rebellen“.

„Daily Mail“ berichtet aus Pietermaritzburg, daß die Specialgerichte, welche über die Fälle von Rebellion in Natal aburteilen haben, bereits 500 von 800 Angeklagten verurteilt haben. Die übrigen 300 werden Kriegsgerichten überwiesen werden. Die Gesamtsumme der verhängten Strafen beläuft sich auf über 50 000 Pfd. Sterl. Sämtliche Angeklagte sind ruiniert und werden von befreundeten Familien ernährt.

Feldmarschall Wolselen

besiegt sich nach einer Londoner Meldung am 15. März in „privater Angelegenheit“ nach dem Kap.

Partei-Nachrichten.

Eine Niederlage haben unsere Genossen in Karlsruhe bei den Stadtverordneten-Wahlen erlitten, aber eine solche, die für die Zukunft das Beste hoffen läßt. Auf die socialdemokratische Liste wurden 3299 reine Stimmen abgegeben, die Liste der vereinigten Gegner erhielt 3864 Stimmen. Das ist eine sehr geringfügige Differenz, wenn man die Verhältnisse in solcher kleinen Residenz denkt, wo das „patriotische“ Motiv eine so große Rolle spielt. Das Resultat wird aber um so bedeutender, wenn man es mit dem Ergebnis der vorigen Wahl — 1898 — vergleicht. Da hatten wir mit den Demokraten zusammen 2500 Stimmen, während die damals getrennten Gegner zusammen etwa 3100 Stimmen auf ihre beiden Listen erhielten.

Diesmal blieben die Demokraten der Wahl gänzlich fern, trotzdem stiegen unsere Stimmen um 800, also fast um ein Drittel, die der Gegner stiegen nur um eine Kleinigkeit.

Die Parteigenossen, die diesmal stiller und ohne Rücksichten in den Kampf gingen, waren von großer Begeisterung erfüllt. In den Stimmzählungen und dem Abstimmungsverhältnis kommt es zum Ausdruck, daß das Zeichen des reinlichen Kampfes um Arbeiterinteressen aufzuerst und aufzunehmend auf die Proletarier einwirkte. Noch nie ist eine so starke Wahlbeteiligung wie diesmal (67 Proz.) erzielt worden. Noch einige Jahre solche Arbeit, dann steht die Parte in Karlsruhe siegreich auf eigener Kraft da. Die Zeit der Kompromisse, so schreibt der „Karlsruher Volksfreund“, liegt für die Karlsruher Socialdemokratie in der Vergangenheit.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Rönigsberg haben sich unsere Parteigenossen am Donnerstag tapfer geschlagen. Infolge Ungültigkeitserklärung waren zwei Nachwahlen vorzunehmen. Die Gegner standen gefallos gegen uns. Trotzdem wurde in dem einen Bezirk unser Kandidat mit über 100 Stimmen Majorität gewählt, in dem anderen Bezirk unterlagen wir; die Gegner hatten eine Stimme mehr wie unser Kandidat. Unsere Partei verfügt nun über fünf Sitze im Stadtverordneten-Kollegium.

Zur Landtags-Erswahl in Nürnberg hat jetzt eine am Mittwoch stattgehabene Wählerversammlung Stellung genommen, die nach einem Vortrage des Genossen Quax über Socialdemokratie und Gemeindepolitik mit offen gegen drei Stimmen den von den Vertrauensleuten vorgeschlagenen Genossen Merkel als Kandidaten nominierte.

Die Parteigenossen der Provinz Hessen hielten dieser Tage ihren 12. Parteitag in Kassel ab. Es waren aus 39 Orten 61 Delegierte anwesend. Die Verhandlungen, die sich nur mit dem Bericht der Agitationskommission und dem der Prekominmission beschäftigten, haben im ganzen ein wenig erfreuliches Bild. Der Bericht der Agitationskommission zeigt, daß die Kommission nur über geringe Mittel verfügt und infolgedessen wenig leisten kann, so daß die Agitation ziemlich schwach war. In der Diskussion über den Bericht wurden viel persönliche Dinge berührt, für Besserung der Verhältnisse kann nichts dabei heraus. Beschlüsse wurden nur, in diesem Jahre den Agitationsleiter allgemein zu veröffentlichen. Auch der Bericht der Prekominmission bot kein erfreuliches Bild von der Lage des Parteiblattes. Das Blatt steht finanziell sehr ungünstig, es hat im vergangenen Jahre eine Unterbilanz von 1458 M. und

mußte deshalb einen Redacteur entlassen. Die Prekominmission hat auch noch verschiedene andre Erparnisse beschlossen und hegt die Hoffnung, daß es auf diese Weise möglich sein werde, ohne Zuschuß auszukommen. Der Bericht, der die eifrigste Erwägung der Mittel zur Besserung der ungünstigen Verhältnisse erfordert hätte, zeitigte auch nur eine Aussprache über persönliche Dinge, und dann wurde der Parteitag geschlossen.

Socialdemokraten im Schulvorstande. Die Parteigenossen in Binnberg erlangten bei der Wahl zum Schulkollegium zwei von den vier zu besetzenden Mandaten.

Für den Wahlkreis Rawitsch-Gosna (Provinz Posen) stellte eine Parteiversammlung in Rawitsch den Genossen Srenski aus Posen als Kandidaten zur nächsten Reichstagswahl auf. Der Kreis kommt vorläufig für uns noch nicht ernstlich in Betracht, Posen und Konservative beherrschen ihn.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der Kampf gegen Arbeiterorganisationen.

Der Verband der Fabrikarbeiter u., der in Hannover seinen Sitz hat, wird seit 1898 zu einem Kampfe um seine Existenz gezwungen. Dieser Kampf wird ihm von der Polizei in Hannover mit Hilfe des Vereinsgesetzes aufgezwungen. Der Verbandsvorstand soll der dortigen Polizei ein Verzeichnis aller seiner Verbandsmitglieder einreichen und ihr auch alle in dem Bestande der Gesamtorganisation in ganz Deutschland eintretenden Veränderungen anzeigen. Gleichzeitig wird aber auch von Ortspolizeibehörden daselbst Ansuchen an örtliche Verwaltungsstellen für deren Begleit gestellt, so daß also doppelte Listen einzureichen sind. Die Beschränkung dagegen wurde beschränkt bis zum Ober-Verwaltungsgericht geführt und von diesem abgewiesen. Jetzt erhebt nun die Polizei sogar noch eine ausführliche Anordnung über die Befragung der Anzeige, wozu sie verlangt:

Ein genaues Mitgliederverzeichnis bis zum 1. Oktober d. J. (1901. D. S.) einzureichen. Dasselbe muß Vor- und Zunamen, Stand und Wohnung jedes Mitgliedes enthalten und ist so zusammenzustellen, daß die einzelnen Zahlstellen alphabetisch geordnet hintereinander, und bei jeder Zahlstelle, ebenfalls alphabetisch geordnet, die ihr zugehörigen Mitglieder aufgeführt sind.

Mitglieder, die keiner Zahlstelle angehören, sind am Schlusse in alphabetischer Reihenfolge aufzuführen.

Noch dem 1. Oktober dieses Jahres sind die im Laufe eines Monats eintretenden Veränderungen im Mitgliederbestande regelmäßig bis zum 15. des folgenden Monats hierher anzugeben.

Ferner gebe ich dem Vorstand hiermit auf, ein Verzeichnis der sämtlichen Zahlstellen unter Angabe des Domizils und der Namen der Vorsteher bezw. Bevollmächtigten binnen drei Wochen einzureichen.

Um die praktische Bedeutung dieser Forderung zu erweisen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der Verband an 335 Orten Deutschlands 38 000 Mitglieder hat und daß er, was sich zum Teil aus der schwankenden Beschäftigungsweise seiner Mitglieder erklärt, einen sehr starken Ab- und Zugang hat, z. B. in den Jahren 1898 und 1899 38 000 Aufnahmen zu verzeichnen hatte.

Der Verband kam trotzdem der Forderung nach und reichte zwölf Pfund Listen ein. Die Liste war aber nicht vollständig und der Verbandsvorstand konnte sie beim besten Willen nicht vervollständigen; eine Anzahl Ortsvorstände in Bundesstaaten, wo solche vorläufige Vorschriften nicht bestehen, hatten einfach kein Verzeichnis geschickt. Daraus Androhung einer Geldstrafe gegenüber dem Verbandsvorstand. Die Beschränkung wird vom Regierungspräsidenten und vom Oberpräsidenten zurückgewiesen. Jetzt kommt die Sache abermals vor das Verwaltungsgericht.

Die Inhaftbarkeit unter vereinsrechtlichen Zustände wird durch solche Anwendung recht deutlich gemacht. Gleichviel ob Bureaukratismus oder politische Beweggründe die Anwendung verursachen: es ist einfach unmöglich, die heutige Entwicklung in eine Schablone zu pressen, die vor einem halben Jahrhundert gemacht worden ist. Das einzig Erfreuliche daran ist, daß es natürlich auch unmöglich ist, mit solchen Maßregeln den Fortschritt der Arbeiterbewegung aufzuhalten.

— **Einen Gutbesitzer** soll die „Erfurter Tribune“ beleidigt haben, indem sie kritische Bemerkungen über die Unterdrückung polnischer Arbeiterinnen auf dessen Gut machte. Sie hatte von menschenwürdiger Unterbringung geredet. Ein als Junge antwortender Maurermeister gab an, daß der einzige bewohnbare Raum in dem die 4 Arbeiterinnen zur Wohnung angewiesenen Häuschen vier Quadratmeter Fläche und 2,30 Meter Höhe habe.

Trotzdem wurde der verantwortliche Redacteur Genosse Hennig zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Der als Chefredacteur mit angeklagte Genosse Grunwald wurde freigesprochen.

Aus Industrie und Handel.

Der Arbeitsmarkt im Monat Februar.

Während bisher jedem Versuche, die industrielle Lage als günstiger geworden hinzustellen, die Ziffern vom Arbeitsmarkt über die Zahl der beschäftigten und der beschäftigungslosen Hände mit unerbittlicher Gleichmütigkeit gegenüberstanden, zeigen die Zusammenstellungen über den Monat Februar zum erstenmale seit Beginn der Krisis eine leise Besserung. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen des Deutschen Reiches ist, soweit das Material der Verichtsstoffe der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ zur Verfügung steht, die Zahl der Arbeitnehmenden, die sich um 100 offene Stellen bewarben, von 220,2 im Januar auf 208,3 im Februar zurückgegangen, das heißt es besteht zwar immerhin noch ein bedeutendes Ueberangebot von Arbeitskräften (doppelt so viel Bewerber als offene Stellen); es ist dies auch stärker als es im Februar vorigen Jahres war (155,8). Aber immerhin ist es bemerkenswert, daß die alljährlich als Vorbote des Frühlings schon im Februar einsetzende Besserung in der Lage des Arbeitsmarktes auch in diesem Jahre Platz fand, während bisher der Niedergang durch keinen Wechsel der Jahreszeit angehalten wurde. Noch deutlicher geht eine Besserung aus den Mitgliederziffern der Krankenkassen hervor. Im Februar des Vorjahres hatte eine beträchtliche Abnahme der Beschäftigten stattgefunden, die auf je 1000 Arbeiter 16 Köpfe ausmachte. Dieses Jahr dagegen hat der Monat Februar überhaupt keine Abnahme, sondern vielmehr eine kleine Zunahme der Beschäftigten um 8 aufs Tausend zu verzeichnen. Daraus ergibt sich, daß die Arbeitslosigkeit eine weitere Zunahme nicht erfahren hat. Die Besserung ist in der Hauptsache auf den regeren Geschäftsgang in den Eisen- und Textilgewerben zurückzuführen, deren günstige Wirkungen sofort auch auf andre Gewerbe übergriffen. Wenn die Belebung im Eisengewerbe noch nicht stark genug war, um das Kontingent der beschäftigten Arbeiter zu vermehren, so verhinderte sie doch weitere Entlassungen. In den Textilgewerben fanden auch Reinstellungen in erheblichem Umfange statt. Dieser Besserung stehen allerdings auf der andern Seite die Abschwächung und die Arbeiterentlassungen im Bergbau gegenüber. In allen Bergbau-Bezirken, vornehmlich aber in Rheinland-Westfalen, ist erst mit dem Monat Februar die Krise auf dem Arbeitsmarkt zur vollen Entfaltung gekommen. Waren bisher Entlassungen noch Möglichkeit vermieden und nur Feierlichkeiten für die Beschäftigten eingelegt worden, so trat nunmehr eine erhebliche Verminderung der Beschäftigten ein. Diese ungünstige Gestaltung des Arbeitsmarktes im Bergbau hat die Wirkungen des besseren Geschäftsganges im Eisen- und Textilgewerbe bis zu einem sehr hohen Grade ausgeglichen. Das Vorgehen war durch die längere Witterung den größten Teil des Monats stark beeinträchtigt, immerhin ist auch hier eine Besserung des Beschäftigungsgrades gegenüber dem Vorjahre aus den Ziffern der Krankenkassen-Statistik unverkennbar.

Während z. B. in der Münchener Orts-Krankenkasse für das Vorgehen die Zahl der Beschäftigten im Februar 1900 um 19,6 abnahm, stieg sie 1902 um 2,7 Proz.; in Stuttgart fiel sie im Vorjahre um 11,3, stieg dagegen in diesem Februar um 0,2 Proz. Demgegenüber man aus einem einmaligen günstigen Monatsbild keinen leichtfertigen Schluß darauf ziehen darf, daß der Tiefstand der Krisis überhritten sei, so wäre doch auch schon ein gewisser Stillstand als Symptom der Entwicklung bemerkenswert und erfreulich.

Das österreichische Zuckerkartell. Einer Mitteilung zufolge haben Delegierte der Holzuckerfabriken und Raffinerien in einer gestern abgehaltenen Sitzung den Beschluß, ein neues Kartellvereinbarung für die Dauer vom 1. November 1902 bis zum 31. Oktober 1903 abzuschließen, jedoch mit der Maßgabe, daselbst für den Fall der Ratifizierung der Brüsseler Konvention schon am 31. August 1903 endigen zu lassen. Ueber die Bedingungen des Kartells wurde unter Berücksichtigung der geänderten Sachlage eine Einigung erzielt.

Die schottische Großeinkaufs-Gesellschaft hat trotz der Krise ihren Umsatz im letzten Halbjahre um 81 492 Pfd. Sterl. über den seines Vorgängers gehoben. Nur drei von den Produktionsbetrieben erlitten einen leichten Rückschlag, die anderen haben sich dauernd gehoben. Für das ganze Jahre 1901 ist eine Umsatzvermehrung von 237 112 Pfd. Sterl. zu verzeichnen, da der Gesamtumsatz 5 700 743 Pfd. Sterl. betrug, und im Jahre 1902 hofft man die sechs Millionen voll zu machen. Die Produktion des Jahres belief sich auf 1 1/4 Mill. Pfd. Sterl., wozu die Mühlen allein 427 040 Pfd. Sterl. darstellen. Die Zahl der Anteile hat um 14 694 zugenommen und der Profit betrug 231 686 Pfd. Sterl. oder 76 Proz. des Wertes aller Anteile und Leihkapitalien. Die Generalversammlung bestimmte eine Reihe von Wohlfahrts-Ausgaben mit zwischen 5 und 500 Pfd. Sterl. schwankenden Beträgen und gab den Direktoren Vollmacht, mit der englischen Genossenschaft gemeinsam eine oder mehrere Theeplantagen in Ceylon für 9600 Pfd. Sterl. anzukaufen, ferner soll die Anlage zweier elektrischer Kraftstationen, die eine in Shieldhall mit 6000 Pfd. Sterl. und die andre in Gumball mit 1850 Pfd. Sterl. Kosten erworben werden.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen wird am 18. März und die folgenden Tage in Mainz abgehalten. Aus dem im Druck vorliegenden Rechenschaftsbericht ist ersichtlich, daß der Verband zwar langsame, aber stetige Fortschritte macht. Die Mitgliederzahl ist vom 1. Januar 1900 von 1887 auf 2046 gestiegen; der Bericht bemerkt dazu, daß wegen der ziemlich erheblichen Unterführungen, die der Verband leistet, die Streichung der im Rückstände befindlichen Mitglieder mit großer Strenge geübt wurde. Bei der vor vier Jahren erfolgten Gründung des Verbandes waren aus den aufgelösten Lokalvereinen 915 Personen überbetreten. — Der Kassenbericht balanciert mit einer Einnahme und Ausgabe von 76 213,72 M., der Kassenbestand beträgt 14 539,63 M. Die Ausgaben verteilen sich u. a. auf folgende Posten: Kranken-Unterstützung 7291,50 M.; Sterbe-Unterstützung: 641,15 M.; Rechtschutz 1433,45 M. Sönsige Unterstützungen: 544,90 M. Für das Fachorgan wurden 9100 M., für Agitation 3619,86 M. ausgegeben; an Unterstützungen an andre Gewerkschaften bei Streiks usw. gelangten 781,00 M. zur Veranschlagung, außerdem an Beiräten an Gewerkschaftskommissionen, Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskartelle 1176,90 M. Die Verwaltungskosten betragen 16 092,19 M. — Die Zahl der Streiks und der daran beteiligten Personen ist begreiflicherweise nur eine sehr geringe gewesen, jedoch werden auch Kellnerstreiks in den letzten Jahren immer häufiger, so daß der Verband auch an Streik- und Maßregelungs-Unterstützung bereits einige hundert Mark vorausgabte. — Auf der Tagesordnung des Verbandstages steht u. a. auch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, ein Unterstützungsweitz, der in diesem Verufe aber schwer durchzuführen sein dürfte. Ferner wird der Verbandstag über die Unfallversicherung im Gastwirtsgeerbe“ verhandeln, um die Einbeziehung dieses Gewerbes unter das Unfallgesetz anzubahnen.

Der Ausstand der Steinarbeiter im Fichtelgebirge hat größere Dimensionen angenommen, so daß zu den Steinarbeitern von Schwarzenbach a./S., die seit dem 10. Februar d. J. im Ausstand sind, die Orte Münchberg und Berned am 10. März hinzugelommen sind, da sich auch die dortigen Firmen weigerten, den alten Tarif weiter festzusetzen. Ferner sind die Steinarbeiter von Bunzlöbel vor die Alternative gestellt, entweder den beträchtlich reduzierten neuen Lohnvertrag anzunehmen, oder sie fliegen auf das Pflaster. Die Zahl der Ausständigen würde demnach voranschreitlich 300—400 Mann betragen. Mit welcher Unversöhnlichkeit die Unternehmer des Fichtelgebirges den Ausstand in Scene setzten, zeigt die Durchbrechung des alten Fichtelgebirge-Tarifes, der von den Unternehmern den Arbeitern vor drei Jahren aufgedrängt worden ist, und bis zum 1. März 1903 Gältigkeit hätte. Ab 1. März 1902 wird dieser Tarif von den Unternehmern einfach nicht weiter bezahlt, an dessen Stelle kommt ein neuer, der (wie schon oben erwähnt) durchschneidend beträchtlich reduziert ist, und wer dagegen Widerspruch erhebt, wird aufs Pflaster gesetzt. Ironisch entschuldigen die Unternehmer ihre Handlungsweise mit Konkurrenzunfähigkeit, obgleich die Fichtelgebirgs-Schmuckkonkurrenz in der Denkmalsindustrie geradezu sprichwörtlich ist und hauptsächlich drückend auf die Lage der norddeutschen Steinarbeiter wirkt. Bemerkenswert ist ein Passus in diesem „neuen Tarif“, nach welchem die Arbeiter verpflichtet sind, bei gutem Geschäftsgang zwei Ueberstunden zu machen, ohne Lohnzuschlag. Bisher wurde für Ueberstunden 20 Proz. Zuschlag bezahlt. Das würde eine indirekte Verlängerung der Arbeitszeit, die bisher 10 Stunden täglich betrug, bedeuten. Bedenkt man, daß die Fichtelgebirgs-Unternehmer durch niedrigere Löhne im Stande sind, die meisten Aufträge für sich heranzuziehen, so kann man zu dem Schluß kommen, daß dann nichts als Ueberstunden gemacht würden, und daß bei der Gesundheitschädlichkeit des Steinarbeiter-Berufes die Schwindsucht eine noch reichere Ernte in den Reihen dieser Arbeiter halten würde; hat sie doch in Gestalt niedriger Löhne einen vortrefflichen Bundesgenossen.

Der Streik der Stuccaturgehilfen in Posen ist beendet. Beide Teile haben vor der Einigungskammer des Gewerbegerichts Frieden beschlossen. Die Stuccatureur errangen sich durch den Kampf nicht unbedeutende Zugeständnisse. Den vollen Sieg zu erringen gaben sie auf, um durch eine längere Dauer des Streiks nicht auch noch andre Berufe in Mitleidenschaft zu ziehen.

Die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung war auf einer Konferenz des 21. Bundes des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (Vorort Nürnberg), die diese Woche in Vahrentz stattfand, Gegenstand der Besprechung. Der Referent Dorn-Nürnberg führte alle Gründe ins Feld, die für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung sprechen. Die Gegner sprachen sich auch nicht aus prinzipiellen Gründen gegen die Einführung aus, für sie war nur die Befürchtung maßgebend, daß ein erhöhter Beitrag bei den schlechten Löhnen in den kleinen Zahlstellen nicht geleistet werden könne; die Unterstützungssätze seien ferner zu niedrig bemessen, und in den kleinen Zahlstellen seien Arbeitslose nicht in demselben Maße vorhanden wie in den größeren. Bei der Abstimmung erklärten sich 13 Delegierte für, 14 gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, doch wurde den Delegierten zu dem am 4. Mai in Mainz stattfindenden Verbandstag kein gebundenes Mandat erteilt, sondern ihnen in dieser Frage die Freiheit der Entscheidung gelassen.

Ausland.

Zum Diamantarbeiterstreik in Amsterdam wird gemeldet, hervorragende Persönlichkeiten seien zu einem Komitee zusammengetreten, um den Frieden in der Diamanten-Industrie wieder herzustellen. Sie haben zu diesem Zwecke die Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer erndet, ihnen schriftliche Aufstellungen über die verschiedenen Streitfragen zugehen zu lassen. Auf Antrag

Dieses Komitees hat gestern eine Versammlung der Fabrikbesitzer stattgefunden, in der beschlossen wurde, die Schließung der Fabriken, die auf Freitag festgelegt war, noch 14 Tage zu verschieben.

Der Streik der dänischen Dampfschiffe. Ueber die Unruhen, die sich bei der Abfahrt des Amerikadampfers „Osor II.“ ereignet haben, teilt „Socialdemokraten“ unter anderem folgende Einzelheiten mit: Das Schiff sollte ursprünglich um 4 Uhr nachmittags abfahren, da aber eine größere Anzahl der ausländischen Seizer ihrer Wege gelangen waren, mußte die Abreise verschoben werden, bis endlich nach 8 Uhr eine Reihe Droschken mit 10 neuen Streikbrechern ankamen. Während dieser Zeit hatten sich die ständischen Kuffriste ereignet, hauptsächlich dadurch veranlaßt, daß die Polizei mit ihren Stöcken auf die große Zuschauermenge einhieb, die sich am Kai angehäuft hatte. Die Menge bestand zu einem großen Teil aus Leuten, die von Passagieren des Dampfers Abschied nehmen wollten. Nun waren die Passagiere dritter Klasse angewiesen worden, um 1 Uhr im Verwaltungsgebäude des Freihafens zur ärztlichen Untersuchung zu erscheinen; der Arzt kam jedoch erst um 8 Uhr. So mußten die Verwandten und Freunde 5-6 Stunden am Freihafen warten, denn keinem außer den Passagieren war der Zutritt zum Schiff gestattet. So hatten sich dann zwischen 4 und 5 Uhr 4000 bis 5000 Menschen, darunter viele Damen und Kinder mit Blumensträußen, am Freihafen versammelt. Auf diese friedliche Gesellschaft ließ die Polizei mit Knütteln ein. — Gegen 5 Uhr entwich ein Seizer, ein Regier, vom Schiff, ohne daß man ihn fassen konnte; ein anderer Seizer sprang kopfüber ins Wasser, um so zu entkommen, wurde aber ergriffen und aufs Schiff zurückgebracht. Fast gleichzeitig kamen die gestern erkrankten verhafteten Seizer in zwei Droschken unter Polizeibewachung an. Aber nur zwei von den Seizern konnten an Bord gebracht werden, die anderen fünf, darunter zwei Regier, entwichen trotz der Polizeibewachung. Jetzt kamen auch die Droschken mit 10 neuen Streikbrechern, die mit Prütern und Pfeifen empfangen wurden. Diese verschiedenen Vorgänge machten die Polizei nervös. Es wurde Befehl erteilt, den Platz zu räumen. Um 6 Uhr hatte die Polizei das Publikum hinter die Warenstapeln zurückgedrängt, zum großen Verger der Passagiere, die dadurch verhindert wurden, von ihren Verwandten Abschied zu nehmen. Das Publikum aber durchbrach die Absperrungen und dann ließ die Polizei mit ihren Stöcken ein, was selbstverständlich das Publikum aufs äußerste erbitterte. Es flohen Steine und Holzstücke durch die Luft, augenscheinlich gegen den unpopulären Polizei-Assistenten gerichtet, der den Befehl zum Angriff gegeben hatte. Zuletzt gelang es der Polizei dann, auch den Platz vollständig zu räumen. — Das Schiff konnte um 7 Uhr in See stechen.

Der Bäckereistreik in Göteborg. Die Verhandlungen, die am Mittwoch unter dem Vorsitz des Landeshauptmanns Lagerbring stattfanden, sind resultatlos verlaufen. Die Vertreter der Arbeitgeber widerstrebten sich jedem für die Arbeiter annehmbaren Vorschlag und lehnten es auch ab, die Streitpunkte einem Schiedsgericht zu überweisen. Gleichwohl soll noch ein neuer Einigungsversuch gemacht werden.

Der Streik in Boston scheint trotz der zu seiner Beilegung gemachten Bemühungen vorläufig noch an Ausdehnung zu gewinnen. Die Streikenden lehnten jeden Vermittlungsvorschlag ab. Den Krachverleibern schlossen sich die Schiffsverlader an und es wird befürchtet, daß der Streik sich allmählich auf alle Arbeiterkategorien ausdehnen wird. Die Zahl der für diesen Fall in Betracht kommenden Personen wird auf 90 000 geschätzt. Die Industrie beginnt bereits unter Kohlenmangel zu leiden.

Sociales.

Zur Preissteigerung der Apotheken. Daß die Apothekenbesitzer mit den Agrariern um die Wette über ihre große Kollage jammern, ist bekannt; nur stimmt es mit diesem Jammern der Agrarier und Apotheker recht schlecht, daß sie beim Verkauf ihrer Güter und Apotheken immer höhere Preise erzielen. Die „Pharmazeutische Wochenschrift“ berichtet, daß in Danzig eine Apotheke innerhalb eines Monats zweimal „mit leiblichem Gewinn“ verkauft worden ist. Nach vierzehntägigem Besitz habe ein Apotheker 18 000 M. verdient. Innerhalb der letzten zehn Jahre haben von neun Apotheken vier dreimal durch Verkauf ihren Besitzer gewechselt. Für die Regentapothek wurden 1893 50 000 M. mehr als beim letzten Verkauf bezahlt, beim Verkauf im Jahre 1901 weitere 30 000 M. und bei einem zweiten Verkauf in demselben Jahre nochmals 18 000 M. mehr. Innerhalb zehn Jahren erfolgte also eine Preissteigerung von 98 000 M. Die Elefantapothek wurde 1892 mit einem Mehr von 54 000 M. als bei dem letzten Verkauf und 1895 mit einem weiteren Mehr von 10 000 M. verkauft. Die Adlerapothek erzielte beim Verkauf 1894 ein Mehr gegen den letzten Verkauf von 171 000 M., 1899 wurde sie nochmals um weitere 35 000 M. höher verkauft. Die Langfuhrer Apotheke wurde 1891 um 40 000 M. höher als zuvor verkauft. Bei dem Verkauf 1895 erfolgte eine weitere Preissteigerung um 80 000 M. und beim Verkauf 1897 abermals eine solche um 30 000 M. Die „Pharmazeutische Wochenschrift“ weist noch, daß in 10 Jahren rund 700 000 M. an 7 in Danzig verkauften Apotheken verdient wurden. Aber die Neubesitzer drängen dann die Regierung, daß es durchaus nötig sei, die Arzneitage zu erhöhen und den Drogulsten keinen Artikel weiter freizugeben.

Der Kampf gegen die Konsumvereine. Waldarbeiten des Tharander Forstreviers wurde dieser Tage von ihrem Vorgesetzten erklärt, wenn sie nicht aus dem Konsumverein austräten, würden sie entlassen werden; das Ministerium wünschte es. Dabei hat das sächsische Ministerium mehr als einmal Erklärungen abgegeben, worin es die wirtschaftlichen Vorteile des Konsumvereins anerkennt.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Kailowski über: „Die Ernährung des gesunden und kranken Menschen.“ Gäste sehr willkommen. Der Vorstand.

Im Schöneberger Frauenverein sprach am Mittwoch in der regelmäßigen Vereinsversammlung Herr Dr. Friedberg über Frauenarbeit und Berufskrankheiten. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage wurden Vereinsangelegenheiten behandelt. Dabei teilte die Vorsitzende mit, daß am 19. April das 3. Stiftungsfest des Vereins abgehalten wird, an dem sich die Mitglieder recht zahlreich beteiligen möchten.

Bu den Gemeindevahlen.

Die Neuenfelder Stichwahl endigte mit folgendem Resultat: Unser Genosse Dummernig erhielt 189 Stimmen, der Gegner Schimmel 210 Stimmen. Unsererseits wird Protest eingeleitet werden, weil erstens nach der festgesetzten Wahlzeit noch Wähler zugelassen und außerdem die Vollmachten von der Hauptwahl zur Stichwahl wieder benutzt wurden.

Aldershof. Morgen Sonntag 8 Uhr früh findet eine Flugblatt-Verbreitung für den Ort statt; Teilnehmer werden gewünscht und wollen sich heut abend bei Löwenthal, Hadenbergstraße 3, melden.

Aus Groß-Lichterfelde schreibt man uns: Als Wahlvorsteher bei den Kommunalwahlen am 18. März fungierte im ersten Bezirk (Wahlalter Seite) Schöffe Lange, in seinem bürgerlichen Beruf Redakteur des Scharfmacher-Organ „Berliner Neuzeit Nachrichten“.

Der Herr scheint in der Leitung der Wahlgeschäfte noch ein Reuling zu sein, denn sein Verhalten fordert die schärfste öffentliche Kritik heraus.

Das Wahlbureau wurde auch ein Parteigenosse gewählt. In durchaus höflicher Form erkundete dieser den Wahlvorsteher, die Nummer und den Namen des Wählers deutlich und vernehmbar mitzuteilen. Das brachte den Herrn, dem das Zusammensein mit einem Socialdemokraten im Wahlbureau das seelische Gleichgewicht zu tauben schien, dermaßen in Erregung, daß er in schroffem Tone erwiderte: „Ich verbitte mir das. Sie haben nichts zu bestimmen, sondern einfach sich um die Notierung der Stimmen zu kümmern, das übrige ist meine Sache.“

Der Wahlvorsteher nannte nun überhaupt keine Nummer und später auch den Namen des Wählers nicht mehr, sondern schob die Legitimationstafeln dem Gemeindevorsteher Schöppe zu; auf die Bemerkung des Wählers, daß er gegen diese Verwahrlosung protestiere und Beschwerde führen werde, erklärte Herr Lange: „Das können Sie“. Zu letzterem Ausdruck werden Wahlvorsteher noch unserer Meinung insofern berechtigt, als wir mit ihm bezüglich des Wertes und Erfolges solcher Beschwerden im Wirkungsbereich des Herrn Landrates Studenrauch durchaus einer Meinung sein dürfen.

Leider hat unser Parteigenosse, dem im Wahlbureau gefällig das selbe Recht zustand wie dem Herrn Schöffen Lange, verstanden, ihm gegenüber diejenigen Mittel anzuwenden, die für Leute von gewissen Umgangsformen einzig angemessen und wirksam sind. Er beschränkte sich darauf, die Unterzeichnung des Wahlprotokolls, indem die Gründe der Weigerung aufgenommen wurden, abzulehnen.

Im westlichen Bezirk des Ortes ist, wie bereits kurz gemeldet, die Wahl nicht zum Abschluß gekommen. Es waren zwei Mandate zu belegen. Bei 903 abgegebenen Stimmen erhielten drei Gegner 363, 308 und 306 Stimmen, Genosse Beyler 290 Stimmen. Es muß also Stichwahl zwischen den vier Kandidaten stattfinden. Unser zweiter Kandidat, Genosse Lampe, erhielt nur 288 Stimmen, der letzte Kandidat, der bisherige Gemeindevorsteher, 250. Wenn sich die Gegner, die so erbittert gegen einander sind, daß sie sich nach Schluß der Wahl im Wahllokale in einer unangenehmen Versammlung recht derbe Wahrheiten sagten, nicht noch in letzter Stunde einigen, ist es noch nicht ausgeschlossen, unsere Kandidaten durchzubringen.

In Wilmsdorf ist die Hoffnung unserer Parteigenossen, nunmehr vier Vertreter im Ortsparlament zu haben, insofern zu nichte geworden, als der Wahlvorstand die auf unsere Parteigenossen Meyer gefallenen Stimmen für ungültig erklärt hat, weil Meyer die nach § 44, Absatz 4 der Landgemeinde-Ordnung erforderlichen Abgabepflichten nicht rechtzeitig erfüllt habe. Es kann zur Stunde nicht untersucht werden, ob und inwieweit gegen diese Auffassung Einwände zu erheben sind; bliebe es bei der Auffassung des Wahlvorstandes, so hätte zwischen den fünf bürgerlichen Hausbesitzer-Kandidaten der dritten Klasse eine Stichwahl stattzufinden.

Johannisthal. Am Donnerstag, den 20. März, finden die Erswahlen zur Gemeindevertretung im Restaurant Geimlich, früher Lange, Friedrichstr. 61, statt. Die dritte Wählerklasse wählt von 4-7 Uhr, die zweite von 7-8, und die erste von 8-9 1/2 Uhr. In einer vom hiesigen Grundbesitzer-Verein einberufenen Versammlung, in welcher unsere Genossen in der großen Mehrheit waren, wurde von unserer Seite der Gastwirt Hermann Mertins, Moonstr. 2, gegen einzelne Stimmen, welche auf einen Herrn Rechtsanwalt Lüdken fielen, aufgestellt. Der letztere hat indes keine Kandidatur zurückgezogen, und es ist infolgedessen von gegnerischer Seite der Landwirt Wilhelm Baumeier gegen unsere Genossen Mertins aufgestellt. In der zweiten Abteilung bewirbt sich außer dem bisherigen Vertreter, den Gastwirt Kahlenberg, der Freireiter Triltscher von Hallsenlein, der größte Grundbesitzer im Orte, um das Mandat. In der ersten Abteilung, in welcher 11 Wähler das Stimmrecht haben, macht der Anhang des Herrn Knappe die verzweifelte Anstrengung, um das Mandat dem bisherigen Inhaber, dem Architekten Schmidt, gegen den der Regierungs-Verwalter Pöschel aller Voraussetzungen mit Erfolg kandidiert zu sichern. Pflicht der Genossen ist es nun, die Zeit bis zum Wahltag nach Kräften zur Agitation auszunutzen, damit am Tage der Wahl den 100 gegnerischen Stimmen, welche die Gegner erklären bereits sicher zu haben, mindestens die doppelte Anzahl sozialdemokratischer Stimmen gegenübersehen und der Genosse Mertins gewählt wird.

Johannisthal. Die Parteigenossen wollen sich am Sonntagmorgen 8 1/2 Uhr im Lokal von Mertins zur Flugblatt-Verbreitung zahlreich einfinden.

Rummelsburg. Bei dem überraschenden Ausfall der Gemeindevorwahlen in der dritten Abteilung des dritten Bezirks war es nur zu bedauern, daß im ersten Bezirk kein Hausbesitzer als Kandidat zur Verfügung stand; hier wurde als alleiniger Kandidat der konservative Eigenhümer Werther gewählt. In einer Kapballerei kam es in der zweiten Abteilung zwischen der sogenannten Schlichtpartei und dem Grundbesitzerverein. Ein Kandidat der ersteren, Herr Königshagen, wurde mit 27 Stimmen gewählt, während zwischen Herrn Direktor Hartmann und Herrn Gastwirt Peters eine Stichwahl stattfinden muß. In der 1. Abteilung wurden, wie schon mitgeteilt, von drei Wählern die Herren Kaufmann Riedel, Klempnermeister Konrad und Gastwirt Klugmann zu Gemeindevorstellern ernannt.

Treptow-Baumshulenberg. Die Gemeindevorwahlen der 2. Klasse findet am Mittwoch, den 19. März d. J., nachmittags von 4 bis 8 Uhr, im Restaurant Paradiesgarten, Treptower Chaussee 30, statt. Der Kandidat unserer Partei ist der Fischer Franz Karow. Von den Grundbesitzern ist der Gärtnerbesitzer Hadel und vom Bürgerverein der Privatier Schürmer, welcher auch vom freisinnigen Volksverein unterstützt wird, aufgestellt. Von den Gegnern werden wieder alle Mittel angewandt, um ins Gemeindeparlament ziehen zu können. Hundert Papierwähler, genannt Pötenen, sollen sich schon in ihren Taschen befinden. Darum thue ein jeder Parteigenosse seine Pflicht, richte die Sämmigen auf und bringe die uns noch fernstehenden Wähler an den Wahltag, damit unser Kandidat gleich im ersten Wahlgange die Mehrheit erhält.

Morgen, Sonntag, findet eine Flugblattverbreitung statt, zu welcher sich die Parteigenossen zahlreich einzufinden haben. Treffpunkt früh 8 Uhr im Restaurant Staffeld, Baumshulenbergstraße 84.

Nieder-Schönebeck. Die hier am Donnerstag stattgefundenen Gemeindevorwahlen hatten das Resultat, daß unser Genosse, der Eigenhümer Steinfeld, gegen den bürgerlichen Wählerkandidaten Schankwitz Geisler unterlag. Ist dies nun an sich vielleicht kein ernüchterndes Zeichen, so haben wir democh keinen Anlaß, uns anzusetzen zu sein, um so weniger, als die Umstände es uns erst am Abend vor dem Wahltag gestatteten, einen Kandidaten aufzustellen, während die Gegner schon tagelang vorher in privaten Konversationen ihren Feldzugsplan entworfen hatten. Doch, wie schon gesagt, wir brauchen nicht unzufrieden zu sein, haben wir es doch erreicht, daß uns unsere Gegner, ohne daß wir dabei einen Penny ausgeben brauchten, zu einer selteneren Erscheinung hierorts, nämlich zu einer öffentlichen Versammlung verhalfen. Mit dem Verlauf derselben können wir wohl zufrieden sein; die zahlreich anwesenden Gegner belamen von uns Genossen Litin, Krone und Düsing in der äußerst lebhaften Diskussion manche unangenehme Wahrheiten zu hören. Besonders ersterer tabelte auf das energische die so unpassend angelegte Wahlzeit von 9-11 Uhr, unterzog die Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung einer scharfen Kritik und bewies darin, wie dies Gesetz den größten Teil der Bevölkerung in den Gemeinden als Stiefkinder behandelt. Als Herr Friede dies zurückweisen wollte und dabei betonte, daß er als Gemeindevorsteher stets mutig und frei die Interessen der 2. Klasse vertreten habe, fragte Genosse Litin ihn sowohl wie Herrn Geisler, ob die Herren ihren

Mut nicht auch insofern beweisen möchten, als sie sich bemühten, daß der Arbeiterkandidat ihre Stille (Dorek und Reptunshain) zu Versammlungen zur Verfügung gestellt würden. Leider blieben die beiden Herren darauf die Antwort schuldig, so daß sich Litin genötigt sah, dies Verhalten als nicht besonders mutig zu bezeichnen. Zum Schluß wurde eine Resolution, in welcher Steinfeld als Kandidat der dritten Klasse bezeichnet war, mit großer Majorität angenommen.

Zu Jendendorf haben sich die Parteigenossen vorgestern zum erstenmal an den Wahlen beteiligt; dies Begehnen brachte das Bürgeramt ganz aus der Fassung. Der rote Lappen wurde ausgezogen und so strömten denn die Wähler, allen Hader vergessend, um Jendendorf vor dem Untergange zu bewahren, zur Wahl. Noch nie war eine so starke Beteiligung, 60 Prozent der Wahlberechtigten übten ihr Wahlrecht aus. Da mußten natürlich die Arbeiter unterliegen. Mit ganz vereinzelten Ausnahmen stimmten sämtliche kleinen Geschäftleute sogar gegen uns, so sehr hatte das rote Geißel gewirkt. Vielen Epök machte den Genossen der Omnibus, welcher als Kellnerwagen immer hin und her fuhr, um alle Schächten zur Wahl einzuladen. Die Herren dürfen versichert sein, die Befehle ist geschlagen und über zwei Jahre werden die Parteigenossen von neuem an den Wahltag. Ganz unverständlich war bei der Wahl die Haltung des Wahlvorstandes. Obwohl es in der amtlichen Bekanntmachung heißt, daß Vollmachten einer Stempelsteuer von 1,50 M. unterliegen, so ließ der Vorsteher doch ungestempelte Vollmachten zur Wahl zu. Auf unsere Protest hin erklärte der Herr, die Steuer würde später bezahlt werden. Wir werden hierüber Beschwerde erheben und sehen, ob die Herren in ihrem Rechte sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 14. März. (W. Z. V.) Der Abg. Schachinger wendete sich gegen die Resierungen Eitelstols über die Hohenzollern und sagte, man müsse mit aller Entschiedenheit dagegen protestieren, daß ein Redner von Oesterreich verlange, sie sollten sich unter die Führung eines fremden Herrschers stellen und ihm dieselbe Liebe und Achtung entgegenbringen, die sie dem Hause Habsburg schuldig sind und auch jederzeit geleistet haben.

Repräsentanten-Kammer.

Brüssel, 14. März. (W. Z. V.) Bei Eröffnung der heutigen Kammer Sitzung erklärte der Präsident, daß die Worte des Ministers nicht gegen die dem Parlament schuldige Achtung verstoßen haben. Hierauf entfiel neuer Tumult. Der sozialistische Abgeordnete Demblon rief: „Das ist zu stark!“ Abgeordneter Journemont bemerkte: „Das ist eine Lüge!“ Der Vorsitzende fährt fort und erklärt, der Minister habe nur die Haltung der Sozialisten qualifiziert und zwar als Antwort auf die Drohungen, welche gegen ihn ausgesprochen worden seien. Er stelle fest, daß ein Mitglied der Linken gegen die ihm schuldige Achtung verstoßen habe und erziehe den Abgeordneten Journemont, seine Resierungen zurückzuziehen. Journemont schreit: „Beweisen Sie, daß die Linke gestern Drohungen ausgesprochen hat“. Der Vorsitzende erteilt hierauf dem Finanzminister das Wort zur Rechtfertigung. Der Minister erklärte: „Man wirft uns vor, gesagt zu haben, das Blut fließen zu lassen. Mein Minister hat aber solche Worte geäußert. Der Abgeordnete Demblon dagegen hat die gesamte Rechte und die Minister als Mörder bezeichnet. Ich habe gesagt, daß die äußerste Linke das allgemeine Stimmrecht mit Mitteln zu erlangen droht, wie es Begehrter ihm; ich habe hierdurch nur eine Haltung qualifiziert.“ — Die Worte des Rabinetschefs wurden von der Rechten mit Beifall aufgenommen, während die Sozialisten erklärten, der Minister müsse seine Resierungen unbedingt zurückziehen. Nach einigen weiteren Bemerkungen verschiedener Abgeordneter wurde der Zwischenfall für beendet erklärt und die Debatte über das allgemeine und gleiche Stimmrecht fortgesetzt.

Unterhaus.

London, 14. März. (W. Z. V.) Heath fragt an, ob Delareths Form von Engländern niedergebrennt worden sei. Kriegsminister Brodie erklärt, er habe hierüber keine Mitteilungen. Grant fragt an, unter welchen Bedingungen Rekruten von den Gooren freigelassen worden sei. Brodie antwortet, er habe keine Information, die über das hinausgehe, was bereits bekannt gegeben sei.

Programmrede Giolitti.

Rom, 14. März. (W. Z. V.) Deputiertenkammer. Nachdem Maggiorino Ferraris gegen und Sosci für die Erklärung der Regierung sich ausgesprochen, wendet sich der Minister des Innern, Giolitti, in längerer Rede gegen die hinsichtlich seiner Amtsführung gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er weist zunächst einen Rückblick auf die Zustände der ländlichen Arbeiter im Juni 1901 und erklärt, damals, wie jetzt, habe man gefürchtet, daß es zu weiteren Aufhebungen kommen werde, ohne daß sich diese Befürchtung bewahrheitet hätten. Wichtig sei, daß die Zustände wieder begannen hätten, aber das komme daher, daß man vor einer großen sozialen Bewegung aller Klassen des Proletariats stehe. Dieselben verlangten einfach bessere Lebensbedingungen und sie hätten Recht, keine ihrer Forderungen hätte einen politischen Charakter. (Lebhafte Beifall links.) Eine solche Bewegung werde nur dann gefährlich und drohend werden, wenn die Regierung glaube, sie mit Gewalt unterdrücken zu sollen. Die Pflicht der Regierung sei, unparteiisch zu bleiben und die Rechte Aller zu achten. Dabei müsse die Regierung das Recht, in den Ausnahmefällen zu treten und die Berechtigung, für dieses Recht Propaganda zu machen, so lange achten, als keine Gewaltthätigkeiten damit verbunden seien und ebenso müsse sie die Freiheit der Arbeit gewährleisten. Auch glaube er, daß, soweit nicht obligatorische Schiedsgerichte gesetzlich eingeführt seien, die Regierung das Recht und die Pflicht habe, ihre von beiden Parteien angerufenen Vertreter eingreifen zu lassen, um eine friedliche Lösung von Streitigkeiten herbeizuführen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede betont Giolitti, daß gegenwärtig Ausstände bei öffentlichen Verkehreanstalten, wie auch bei Ausständen, die wichtige Interessen der Allgemeinheit nahe berühren, die Bäckerausstände, die Regierung sich zum Einschreiten berechtigt halte und stets nach dem Grundsatze handle, daß Ausstände bei öffentlichen Betrieben die Aufhebung des öffentlichen Lebens, die Anarchie bedeuten (Beifall links) und die Teilnahme daran für jeden öffentlichen Beamten ein Verbrechen ist. Es sei das große Ergebnis des Friedenswertes der Regierung, daß sie vom Proletariat nicht als Feind betrachtet werde. Jene, die verlangen, daß die Regierung sich nicht auf die meistbelasteten Klassen stütze, könnten sich nun auf die Ultrakonservativen und Aerialisten stützen. (Lebhafte Beifall links.) Giolitti schließt mit der Erklärung, sein Programm sei sorgfältiger Schutz der Ordnung und vollkommene Achtung der Freiheit; wenn er weiter in der Regierung bleiben solle, werde er diesem Programm treu bleiben. (Lebhafte Beifall links.) Der Minister wird von vielen Abgeordneten am Schluß seiner Rede beglückwünscht. Darauf wird die Sitzung aufgehoben.

Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision des Redakteurs der „Staatsb. Hg.“ Otto Heinrich Böcker, der am 19. Oktober 1901 vom Landgericht I Berlin wegen Verleumdung des Reichsanwalts und Rotars Justizrat Cassel in Berlin zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Konstantinopel, 13. März. (W. Z. V.) In Medina sind in der Zeit vom 8. bis zum 9. d. Mis. 188 Todesfälle, in Mekka in der Zeit vom 8. bis zum 10. d. Mis. 13 Todesfälle, in Djeddah am 10. d. Mis. ein Todesfall an Cholera vorgekommen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 14. März 1902.

Die Zurückhaltung der Börse hat in der vergangenen Woche noch weiter um sich gegriffen. Immer träger gestaltete sich der Verkehr, so daß in den letzten Tagen mehrfach selbst für die wichtigsten Spekulationspapiere infolge des Fehlens jeglichen Umlages keine Anfangskurs festgesetzt zu werden vermochten.

Vorläufig bietet sich noch immer wenig Aussicht für eine Wiederbelebung des Eisengeschäfts. Auf eine starke Zunahme des Exports ist nicht zu rechnen trotz der höheren Notierungen in Widdesbrough und der aus Amerika gemeldeten Knappheit an Rohmaterialien.

Selbst auf dem Bankalienmarkt, auf dem zu Anfang der letzten Berichtswochen nur allein noch ein regerer Verkehr stattfand, hat sich in den letzten Tagen eine gewisse Schläfrigkeit eingestellt.

Dennoch, trotz der Geschäftslähme, war im ganzen die Tendenz fest. Weder die enttäuschenden Jahresberichte verschiedener Banken und industrieller Gesellschaften, noch die Rückwirkung der jüngsten Niederlage Englands auf die Lage des Weinmarktes, noch die Ueberspannung des amerikanischen Geldmarktes und die unsichere Haltung der New Yorker Fondsbörse vermochten das Kursniveau herabzudrücken.

Nach den Banken schied sich nun auch die großen Reedereien zur Veröffentlichung ihrer Jahresberichte an. Einige dieser Berichte sind bereits erschienen. Darunter der Jahresbericht und Abschluß der Hamburg-Amerika-Linie, der diesmal mit besonderem Interesse erwartet wurde.

Als Grund wird für den Gewinnschwund der plötzliche Rückgang des Frachttarifs im Herbst vorigen Jahres angeführt. Die Ursache dieses, zeitlich mit dem Zusammenbruch verschiedener industrieller Unternehmungen und Bankinstitute in Deutschland zusammen fallenden Umschwungs, heißt es im Bericht, ist in erster Linie in der in den Vereinigten Staaten in Bezug auf Weizen eingetretene Missernte zu erblicken.

Kurzgefaßt worden ist, wie dann weiter dargelegt wird, dieses Resultat zum Teil durch die guten Ergebnisse des Passagiergeschäfts, wenn es trotzdem gelungen ist, neben sehr erheblichen Aufschwüngen und Rückschlägen eine immerhin befriedigende Verzinsung des Aktienkapitals zu erreichen.

Verglichen mit den Abrechnungen so mancher Banken ist das Geschäftsergebnis immerhin noch ein recht gutes zu nennen, besonders wenn man in Betracht zieht, daß einzelne Banken, um nur überhaupt zu einer Dividende zu gelangen, ihre Special-Reservefonds mit in Anspruch nehmen mußten und ihre Abschreibungen auf Effekten- und Kontokorrentkonten sich teilweise noch als zu niedrig herausstellten dürften.

Bedenklicher ist das überhöhte Anwachsen des Schiffbestandes. Nachdem erst im vorigen Jahre der Prioritätsanleihe von 12 Millionen Mark eine weitere von 27 1/2 Millionen Mark hinzugefügt worden ist, soll jetzt wieder das Aktienkapital um 30 Millionen Mark erhöht werden.

Table with 3 columns: Im Jahre, Die Zahl der Ocean-dampfer, Die Zahl der Register-Tonn. Rows for years 1890-1901.

Mit den Flußdampfschiffen, Seefischern, Scholuppen etc. stellte sich Ende vorigen Jahres der gesamte Rauminhalt der Flotte auf 601 355 Brutto-Register-Tonn. Die Dampferflotte dieser einen Gesellschaft ist also beinahe ebenso groß wie die ganz Italiens oder Spaniens und größer als die Russlands.

Der Mordprozeß Fischer.

Aus Weimar wird uns berichtet: Der Student der Rechte, Walter Fischer aus Berlin, der im Frühjahr vorigen Jahres seine Geliebte Martha Amberg, ein bildschönes junges Mädchen, aus Eiferwut auf offener Landstraße niederschloß und sich dann selbst der Polizei stellte, hat sich wegen dieser Straftat heute vor dem Schwurgericht in Weimar zu verantworten.

Der sehr jugendlich aussehende Angeklagte wird kurz vor der Eröffnung der Sitzung auf die Anklagebank geführt. Er sieht heute besser aus, als bei der ersten Verhandlung. Er ist anscheinend viel ruhiger, gleichgültiger, blickt aber unablässig zu Boden.

Der Angeklagte ist im Jahre 1878 geboren, er befindet sich seit dem 29. Mai vorigen Jahres in Haft. Er bestreitet im Verhör entschieden, mit dem Mädchen intimen Umgang gehabt zu haben; auch habe er seiner Geliebten nie ein unziemliches Ansehen gefügt.

Es ist immer zu Auseinandersetzungen gekommen, sie gab mir zu, daß sie mit einem Förster verlobt habe und sagte, daß von einer Heirat keine Rede sein könne. Das brachte mich zu dem Entschluß, das Mädchen zu töten, und ich habe die Waffe gekauft.

Ueber seinen Bildungsgang und sein Leben als Student giebt Fischer folgende Auskunft: Präsi.: Sie haben sich schon frühzeitig mit Philosophie beschäftigt? — Angekl.: Ja, schon als Obertercianer.

Präsi.: Sie haben sich schon frühzeitig mit Philosophie beschäftigt? — Angekl.: Ja, schon als Obertercianer. Ich las Renan, Strauß und vor allem Nietzsche und Schopenhauer. — Präsi.: Haben Sie auch nach dieser Richtung Kollegen gehabt? — Angekl.: Nein. — Präsi.: In Jena waren Sie aktiv? — Angekl.: Ja, bei den Salieren. — Präsi.: Sie sind aber nicht lange dabei geblieben; weshalb nicht? — Angekl.: Weil ich fürchtete, daß ich zum Conkurstudenten nicht passe, ich hatte auch gar nicht die Absicht, aktiv zu werden, aber der Student Lüda redete mir zu, ich müßte ein anderer Mensch werden.

hergekauft sind? — Angekl.: Das ist nicht wahr. — Präsi.: Es wird auch behauptet, daß Sie in Ihrer Wohnung die Spiegel verhängt gehabt hätten. — Angekl.: Ja, ich konnte nie in einen Spiegel sehen, auch in meiner Jugend nicht (weineud), wenn man von Jugend auf wegen eines körperlichen Gebrechens gehänfelt wird, so ist das doch kein Wunder. — Präsi.: Sie behaupten, daß Ihre Verhältnisse zu der Martha Amberg ein ideales gewesen seien. Wie kommt es, daß Sie ihr unanständige Postkarten geschickt haben? — Angekl.: Ich bestreite, daß dies eine unästhetische Postkarte war. — Präsi.: Hier ist auf einer Postkarte eine wenig bekleidete Frauenperson, darunter steht: „Meine liebe kleine Martha! Das Weib ist gewiß schön, ob sie aber auch tugendhaft ist, weiß ich nicht. Es giebt Tugende solcher Weiber in Berlin, jede ist künstlich, aber nicht für einen Scherz.“ — Angekl.: Das habe ich auch an meine Schwester schreiben können. — Präsi.: Das ist Auffassungsache.

Der Angeklagte teilt dann mit, daß er seine Geliebte auf dem Spaziergange im Walde durch mehrere Revolverschüsse getötet habe. Er giebt zu, daß er nur halb bekleidet herumgeirrt sei, er habe die Kleider und die Waffe von sich geworfen. Als er zu der Getöteten zurückkam, habe er Blumen über die Leiche gestreut und sie dann, wie es dunkel wurde, zur Polizei gefahren und habe sich gestellt. Weiter giebt er an, daß er am Tage vor der That bei Tisch ein philosophisches Gespräch geführt, die Erlösung Gottes geleugnet und jede Form von Liebe, auch die Mutterliebe, als Ausschlag von menschlichem Egoismus bezeichnet habe.

getrunken habe. — Präsi.: Davon haben Sie bei der vorigen Verhandlung nichts gesagt. — Angekl.: Ja, da habe ich auch geäußert, daß ich Schnaps getrunken habe. Nach einigen weiteren Fragen der Sachverständigen ist die Vernehmung des Angeklagten beendet.

Die Sachverständigen haben nicht von besonderem Belange zu bekunden, ebenso bietet die Aussage der vernommenen Zeugen keine neuen Züge.

Unter allgemeiner Spannung der Zuhörer wird die neunund-fünfzigjährige Mutter der Ermordeten, Witwe Amberg, vernommen. Zeugin erscheint in schwarzer Kleidung und spricht mit leiser Stimme. Präsident fragt, ob die Tochter bei ihr im Hause gewohnt habe, was bejaht wird. Die Frage des Präsidenten, ob die Tochter im besondern Verzuge gestanden habe, verneint die Zeugin. Sie erklärt weiter, daß sie von dem Verhältnisse ihrer Tochter gewußt, daßselbe aber für harmlos gehalten habe.

Student Witzmann giebt zu, daß der große Kopf des Angeklagten zu schwerfälligen Bemerkungen bei den Verbindungen Anlaß gegeben haben mag. Von einem Häuseln könne aber keine Rede sein. Der Rechtsanwältin Duha spricht sich im Sinne des vernommenen Zeugen aus. Der Angeklagte habe erzählt, daß er den Kopf aus dem Bette hängen lassen müsse, um einzuschlafen zu können. Frau Landgerichts-Direktor Duha aus Jena bekundet, daß der Angeklagte drei Semester lang bei ihr gewohnt und sich anständig betragen habe.

Als neuer Zeuge erklärt der frühere Lehrer des Angeklagten in verschiedenen Fächern von den unteren bis zu den höheren Klassen des Eisenacher Gymnasiums, Dr. Sigismund, jetzt in Weimar, daß Fleisch und Leistungen Fischers als mittelmäßig zu bezeichnen gewesen seien. Paul sei er nicht gewesen, jedoch hätte er immer angetrieben werden müssen. Auf Befragen erklärt Zeuge, daß ihm von einer Verpötlung des Fischers auf der Schule nichts zu Ohren gekommen sei. Der Angeklagte erwidert hierauf, er müsse gegenüber einer durch die Eisenacher Lehrerschaft wegen gewisser Äußerungen angelegten Verleumdungsbilanz die vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben wiederholen.

Lebhaftes Interesse erregt die nunmehr folgende Aufrufung des Vaters des Angeklagten. Der Angeklagte wird beim Ausblick des Vaters leichtenlach und trinkt häufig Wasser. Zeuge bekundet sich, laut aufstöhnend, als Vater des Angeklagten. Die Frage des Präsidenten, ob er von dem Recht der Jugendverweigerung Gebrauch machen wollte, verneint er mit der Begründung, daß er als Vater wohl am besten seinen Sohn beobachtet habe.

Da er mit zitternder Stimme abgegebene Erklärung des Zeugen, daß sein Sohn nach dem Streite mit dem Mädchen ins Wasser gehen wollte, geht eine große Bewegung durch den Zuschauerraum. Der unverbildete geliebte Zeuge wird darauf entlassen. Der Sachverständige Dr. Gausser fragt den Angeklagten, ob er denn wirklich glaube, daß er mitschuldig sei. Angeklagter bejaht dieses, es sei ihm das ja von allen Seiten gesagt worden. Auf die Reue der Sachverständigen, daß andre unschöne Leute etwas zu leisten und sich damit abzufinden suchen, ungeeignet Angeklagter, daß gewisse Menschen durch ihre Körperbildung von den Annehmlichkeiten des Lebens ausgeschlossen seien; bei jedem Blick in den Spiegel habe er gemeckt, wie die Sache stehe. Der Mensch müsse wenigstens einigermaßen normal gebaut sein und dürfe ein gewisses Mißverhältnis nicht überschreiten. Die Zeugen wurden hierauf entlassen, aufgenommen die Sachverständigen, deren Vernehmung Comandantvormittag 9 Uhr beginnt.

Lokales.

Das Ende vom Liede.

Die Aktion des „Vorwärts“ gegen das städtische Obdach hat in der letzten Stadtverordneten-Sitzung bei Gelegenheit der Etatberatung einen Abschluß gefunden, wie ihn mancher nicht erwartet haben dürfte. Unsere Leser wissen bereits aus unseren früheren Mitteilungen, daß die Beschwerden, die wir im vorigen Jahre gegen diese Anstalt vortrugen, durch die vom Magistrat eingeleitete Untersuchung in allen Wesentlichen als begründet erwiesen worden sind, und daß die Verwaltung einige der von uns gerügten Mängel sofort beseitigt hat, für einige andre aber baldige Abhilfe in Aussicht genommen und um Bewilligung der dazu erforderlichen Mittel durch den Etat ersucht hat. Auch in der Affaire Hoffmann hat die Untersuchung in allen denjenigen Punkten, auf die es ankommt, die Richtigkeit der von Hoffmann gemachten Angaben ergeben, und die Dienstentlassung der überführten Angestellten des Obdachs ist daraufhin bereits erfolgt. Es konnte mithin darauf verzichtet werden, bei der Etatberatung auf jeuren Obdachstreit zurückzukommen und die Verhältnisse des Obdachs noch einmal ausführlich zu erörtern.

Nur ein Punkt erschien noch der Aufklärung bedürftig. Um die Obdachverwaltung zu entlasten, hatte die bürgerliche Presse im vorigen Jahre nicht nur die gegen die Leitung der Anstalt erhobenen Vorwürfe als völlig unbegründet hinzustellen versucht, sondern sie hatte noch ein übriges gethan und noch bis in die letzten Wochen hinein allerlei Geschwätz über die Obdachlosen verbreitet, aus denen hervorgehen sollte, mit wie großen Schwierigkeiten die Anstaltsleitung gegenüber diesem Menschenmaterial zu kämpfen habe. Einzelne der Schauererzählungen, die man da zu lesen bekam, waren so ungeheuerlich, daß sie sich ohne weiteres als dreiste Erfindung kennzeichnen ließen. Sie mußten aber den Verdacht erwecken, daß ihre Quelle im Obdach selber, und zwar nicht unter den Obdachlosen, zu suchen sei. Genosse Hoffmann eruchte am letzten Donnerstag bei der Beratung des Obdachetats den Magistrat um Auskunft darüber, ob man sich bemüht habe, diese Quelle aufzudecken. Er nannte zwei Blätter, die sich in der Verbreitung der erwähnten Schauererzählungen besonders hervorgethan hatten, die „Berliner Morgenpost“ und das „Deutsche Blatt“, und verlas als Probe das tollste jener Phantastisches. (Der betreffende Teil des Sitzungsberichts hat in unserer Freitagssnummer aus Raum-mangel leider weggelassen müssen.) Was erwiderte darauf der Magistrat? Es hätten sich im Obdach Auftritte, wie sie in jenen Schauererzählungen geschildert wurden, niemals ereignet. Der Magistrat habe aber auch keinen Anlaß gesehen, auf Grund der Mitteilungen „irgend eines ganz unbedeutenden Blattes“ eine Untersuchung einzuleiten.

Wir sind nun keineswegs der Ansicht, daß alles das, was dem Magistrat nicht bekannt geworden ist und daher nicht in den Akten steht, hiernächst sofort als unwahr oder nicht vorhanden erwiesen sei. Schon mancher Stadtrat ist in blinder Unvorsichtigkeit vor die Stadtverordneten-Versammlung hingetreten und hat in seines Herzens Unschuld den Beweis erbracht, daß er nicht weiß, was in seinem Ressort passiert. Aber die Frage, ob ein Mitglied des Magistratskollegiums gut oder schlecht unterrichtet ist, interessiert uns im Augenblick weniger als die erhebende Thatsache, daß der Magistrat jetzt selber die lächerliche Schuargerde der Obdachleitung preisgibt. Den Lobrednern des Obdachs wird dieser Ausgang eine recht schmerzliche Ueberraschung sein. Ja, das hat man nun davon! Sich für alle Mühe und allen Eifer mit einem Furcht tritt bedankt zu sehen — soll das das Ende vom Liede sein?!

Viertes Wahlkreis, Südost. Iraniabillets zum 16. März sind noch bei Tolkendorf, Gorkligerstr. 58, zu haben, ebenso am Tage der Vorstellung in der Urania. Gegeben wird „Von den Alpen zum Meer“.

Aus der gestrigen Magistrats-Sitzung. Ein Verein in Köpenick hatte sich mit der Bitte an den Magistrat gewandt, zum Bau einer Warte auf den Müggelbergen und zwar auf dem höchsten und schönsten Punkte, nach Osten zu, eine Beweise zu gewähren. Die in der Nähe liegenden Orte hätten schon nach Kräften sich an der Sammlung für die Verwirklichung dieses Planes beteiligt. Die Kosten dieser monumentalen Warte sind auf 80 000 M. veranschlagt. Der Verein begründete seine Bitte mit dem Hinweis auf die Nähe Berlins und das große Interesse der Stadt an der Verschönerung der Umgegend von Berlin, das jährlich Hunderttausende seiner Bewohner zur Erholung und Erquickung nach den Müggelbergen und den dortigen Seen entsende. Der Magistrat hat beschlossen, dem Verein einen Beitrag von 3000 M. vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung zu gewähren, falls vorher noch der Nachweis geführt werde, daß die Ausführung der Warte nach den vorliegenden Plänen gesichert ist. Ferner beilegt das Kollegium, die Summe von 800 000 M. zur Verdrößerung der Universitätsstraße nach den Plänen des Stadtbaurats Strauß und den Anträgen der Baudeputation I zu bewilligen und den Stadtverordneten eine besondere Vorlage zukommen zu lassen.

Vom eignen Heim. Achtundsechzig 16-jährige Herren vermag Berlin aufzuweisen, welche einen selbständigen Haushalt führen, und 17 Jahre alte Haushaltungs-Vorstände giebt es sogar 99 nach den Feststellungen der von der Berliner Gewerkschaftskommission bei der Herstellung der Arbeitslosen-Stattistik gemachten Erfahrungen. Von 106 Haushaltungs-Vorständen im Alter von 18 Jahren können sich drei „Papa“ nennen. Die Mehrzahl der Haushaltungs-Vorstände steht im Alter von 26—30 Jahren. Sie hält sich auf ziemlich hoher Stufe bis zu den Altersstufen von 40—50 Jahren, um dann rapid wieder zu sinken. Wenig überraschend lautet die Feststellung, daß die größte Zahl der im Alter unter 16 Jahren stehenden Kinder sich bei den Altersstufen von 30 bis 40 Jahren befindet. Ihm zunächst kommen die Altersklassen von 31—35 und 41—45 Jahren. Von Haushaltungs-Vorständen, welche über 70 Jahre alt sind, haben noch immer 99 Kinder unter 16 Jahren zu erziehen. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der jugendlichen Haushaltungs-Vorstände weiblichen Geschlechts erheblich geringer ist, als bei den männlichen. Sechzehn-jährige Mädchen und Witwen mit eigenem Haushalt giebt es 42, darunter nur eine, welche Mutter ist. Siebzehn-jährige weibliche Haushaltungs-Vorstände sind sogar nur 29 und 18-jährige 51 festgestellt worden. Bei Frauen von über 70 Jahren ist die Zahl der zu erziehenden Kinder von unter 16 Jahren erheblich geringer als bei den Männern; sie beträgt nach den Feststellungen der Gewerkschaftskommission 8.

Neue Schutzvorrichtung für die Straßenbahn. Die Schutzvorrichtungen, welche die Große Berliner Straßenbahn zuerst versuchsweise an 54 ihrer Wagen angebracht hat, bestehen bekanntlich aus einer Federweste, die an der „Wagenbrust“, d. h. an den Schutzblechen der Plattformen angebracht ist, und aus der „Fangmulde“, die bei der Anwendung der Rostbremse auf die Erde niedergelassen wird. Diese Fangmulde hat sich nicht immer bewährt und die Straßenbahn hat deshalb, wie ein Berichtsfahrer meldet, im Einvernehmen mit sämtlichen zuständigen Behörden eine neue Art Schutzvorrichtung eingeführt, bei denen die Fangmulde ganz in Wegfall kommt. Mit der neuen Schutzvorrichtung werden weitere 50 Wagen ausgerüstet, so daß sich dann einschließlich der vorhandenen Vorrichtungen 104 im Betrieb befinden.

Die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen in den Landwehrbezirken Berlin finden in den Tagen vom 18. bis 29. April im I. und II., vom 2. bis 12. April im III. und IV. Bezirk auf dem Hofe der neuen Landwehr-Dienstgebäude zu Schöne-

berg (General-Papestraße) statt. Näheres werden öffentliche Bekanntmachungen an den Anschlagtafeln am 27. März, 1. und 10. April befehlen.

Der Stadtverordnete Reutner W. Seibert, einer der ältesten Berliner, ist plötzlich nach kurzem Krankenlager an Lungenerkrankung in der letzten Nacht gestorben. Seibert gehörte seit 1865 der Stadtverordneten-Versammlung an, er vertrat die 2. Abteilung des 12. Gemeindebezirks.

Die Arbeitervertretung der Jalouiefabrik von Heinrich Freese in Berlin hat jetzt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1901 herausgegeben. In der Fabrik ist der Arbeiterlohn bekanntlich ein Anteil am Geschäftsgewinn zugesichert.

Der Gewinnanteil der Arbeiterlohn für 1900 betrug 4,78 Proz. des Arbeitslohnes gegen 4,97 Proz. im Vorjahre. Davon kamen 2/3 zur Auszahlung, während 1/3 der Unterfüllungsfasse zuzuführen.

Im einzelnen betragen die Gewinnanteile

der Beamten	der Arbeiter	
in der Berliner Fabrik 14,80 Proz.	4,78 Proz. des Einkommens	
- - - Breslauer	8,52	2,47
- - - Hamburger	5,22	1,29
- - - Leipziger	2,65	0,80

In derselben Sitzung wurden die Lohnergebnisse des Jahres 1900 bekannt gegeben. Es verdienen im Durchschnitt die Woche: 1. Jalouiearbeiter 31,23 M., 2. Einleger 30,87 M., 3. Tischler 32,24 M., 4. Maler und Anstreicher 26,30 M., 5. Schlosser 29,63 M., 6. Maschinenarbeiter 29,81 M., 7. Näherinnen 13,18 M., 8. Vorarbeiter 26,19 M., 9. Streicher 22,96 M., 10. Pfastler 19,74 M.

Arbeiterunterkunft? Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 26. Februar 1898 ist aus dem Hause Kostigstraße 25 der am 31. Januar 1898 in Berlin geborene Anabe Richard Ernst Gampel von einer unbekanntem, in mittleren Jahren stehenden, fein gekleideten Dame von großer Statur abgeholt worden. Der Verbleib des Kindes ist unbekannt. Die fragliche Dame, welche sich durch einen schwarzen Schleier unkenntlich gemacht hatte, nannte ihren Namen nicht und gab an, mit dem Kinde nach Hamburg reisen zu wollen. Da der Stube zu einer Kindesunterkunft bemerkt sein dürfte, werden alle Personen, welche zur Sache zweifelhafte Angaben machen können, ersucht, sich in den Vormittagshunden im königlichen Polizeipräsidium, Zimmer Nr. 244, zu melden. Schriftliche Angaben werden an die Kriminalpolizei zum Akteneigenen 1892 IV/10. 02. erbeten.

Die vor einigen Tagen in ihrer Wohnung Lützowstr. 86a verhaftete „Maicure“ Blanke-Dona, gegen die der bringende Verdacht vorliegt, ihre Wohnung zu lupulischen Zwecken hergegeben zu haben, bestreitet fortgesetzt jede Schuld. Sie behauptet, in London Geheime eines Arztes gewesen und von diesem in der Kunst der Handpflege unterwiesen worden zu sein. Sie will hier in Berlin nur diesem ihrem Berufe obgelegen haben und dunkle Nebenwege nicht gegangen sein; namentlich bestreitet sie, mit der mitverhafteten Hebamme Schwant ein schimpfliches Gewerbe betrieben zu haben. Sie hat jetzt durch Rechtsanwalt Dr. Schwindt, der ihre Verteidigung übernimmt, einen Antrag auf Haftentlassung gestellt.

Eine größere Verkehrsstörung hat sich auf der Hoch- und Unterfahrbahn Donnerstags gegen 8 Uhr abends ereignet. Am Wagen 36 der Straße Zoologischer Garten—Potsdamer Bahnhof brannte, als er gerade das Geleisfeld hinter dem Hofenplatz passierte, um nach dem Potsdamer Bahnhof einzubiegen, die Ankerversicherung durch. Der Zug blieb auf der Strecke stehen und verurteilte eine Störung des gesamten Verkehrs auf den Linien vom Zoologischen Garten wie vom Stralauer Thor nach dem Potsdamer Bahnhof. Erst nach 15 Minuten war der Stau aufgehoben. Da es kurz vor Theaterbeginn war, zählte die Hochbahn zahlreiche Theaterbesucher zu ihren Fahrgästen, die sich unwillig darin säßen mußten, verpöbelte zur Vorleistung zu kommen. Der Verkehr auf der Hochbahn war übrigens gestern so stark, daß an Stelle des fahrplanmäßigen zehnminütigen Verkehrs auf der Linie Zoologischer Garten—Potsdamer Bahnhof die Wagen alle dreizehn Minuten verkehren mußten.

Im Untersuchungsgefängnis erhängt hat sich der 25 Jahre alte, aus Prenzlau gebürtige Sattler Ludwig Laenger aus der Kanstr. 39. Der Selbstmord hängt mit Ausschreitungen in der Silvester Nacht zusammen, bei denen ein Schuttmann, der in einer Gastwirtschaft in der Grünhaldenstraße wegen wilden Lärms Feierabend gebot, tödlich angegriffen wurde. Der Beamte mußte sich mit dem Säbel wehren und verwundete seinen Angreifer am Kopfe, so daß er einem Krankenhause zugeführt werden mußte. Um dafür Rache zu nehmen, rotteten sich, wie wir seiner Zeit mitteilten, in der Nacht zum Sonntag, den 12. Januar, gegen 60 bis 70 Surfen zusammen und versuchten, in die Räume des 9. Polizeireviere in der Grünhaldenstraße einzudringen, um den Beamten herauszuholen. Aus der Menge, die auf 200 Personen amonoch, wurden schließlich 15 Personen festgenommen, acht von ihnen, darunter Laenger, nach Moabit in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Im Anschluß an diese Vorläufermission fanden auch später noch Zusammenrottungen statt; besonders wieder in der Nacht zum 8. Februar, in der noch vier Personen verhaftet wurden. Die Festgenommenen werden sich demnächst wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben.

Aus Furcht vor Strafe ist der 13 Jahre alte Schüler Erich Keßling aus der Bendlerstr. 12 verschwunden. Der Knabe besuchte die Quarta des Holt-Realschulsystems und entwendete am Montag, den 3. d. M. in der Anstalt drei Quinotonen aus den Ueberziehern 6, 8 und 12 M., die ihnen die Eltern mitgegeben hatten, um Klavierunterricht zu bezahlen. Keßling lenkte den Verdacht, diese Diebstähle verübt zu haben, dadurch auf sich, daß er sehr viel Schokolade kaufte. Zur Rede gestellt, legte er ein Geständnis ab. Sofort von der Anstalt entlassen, wagte er nicht mehr nach Hause zurückzugehen. Bald darauf fand man am Oberbaum seine Schulmappe in der Spree treiben. Es ist jedoch nicht wahrscheinlich, daß der Knabe Selbstmord begangen habe; vielmehr wird vermutet, daß er sich in der Stadt umhertreibt und die Schulmappe nur in die Spree geworfen habe, um den Anschein zu erwecken, als ob er ins Wasser gegangen sei. Der Vermittle, der dunkelblondes Haar hat und kräftig entwickelt ist, trägt eine blaue gestreifte Bluse, kurze schwarze Reinkleider und Strümpfe und einen schwarzen Hut.

Lebensgefährliche Brandwunden trug in der Nacht zu gestern die Ehefrau Bergmann bei einem Brande davon, der gegen 2 1/2 Uhr in der Uesdomstr. 17 durch Unvorsichtigkeit entstand. In deren Wohnung geriet eine Portiere dadurch in Brand, daß eine brennende Lampe nahe dieser aufgestellt worden war. Bei dem Bemühen, die Flamme zu löschen, gerieten die Kleider der Frau in Brand, wobei sie Brandwunden am ganzen Körper erlitt. Auch der Ehemann, Direktor Bergmann, erlitt leichtere Brandwunden, die ihm von Samaritern der Feuerwehr verbunden wurden. Die schwer verletzte Frau wurde von der Wehr mit ihrem Wagen nach dem Lazarus-Krankenhaus in der Bernauerstraße befördert und dort verbunden. Ihr Zustand war gestern früh sehr bedenklich. Etwas später wurde die Feuerwehr infolge eines böswilligen Alarms nach der Chorinerstraße gerufen. Der Thäter ist leider unermittelt entkommen.

Harmlose Leute sind die drei Männer, die in der Linkstraße als Mitglieder einer „Falschmünzergilde“ festgenommen wurden. Es sind Arbeiter, von denen einer seine letzten Habgüter verkauft hatte, ein Dreiviertel und zwei Berliner. In einer Art Salzenhumor verneigten sie einen Teil vom Erlöse des Verkaufsgeldes und teilten den Rest unter sich im Strohhalmwagen. Etwas angeheitert zeigte einer von ihnen beim Befahren einer Mark in der Linkstraße auch sein Tischtennispielertalent. Nach Aufklärung des Sachverhalts wurden alle drei von der Kriminalpolizei wieder entlassen. Mit Falschmünzerei haben sie nichts zu thun.

Stille Teilhaber, die flott verlaufen, ohne etwas einzubringen, hatte ohne sein Wissen der Tuchgroßhändler Kasse in der Brenzlauerstraße 38. Obwohl das Geschäft in der letzten Zeit keineswegs besonders gut ging, sah Kasse zu seiner Verwunderung, daß seine Lager sich leerten wie in der besten Geschäftszeit. In kurzer Zeit

verschwandnen Tuchballen im Werte von 3000 M. Die Inventur ließ keinen Zweifel darüber, daß sie gestohlen waren. Man dachte nun darüber nach, wer wohl der Dieb sein könnte, und kam auf die früher in dem Geschäft angestellte gewesene Hausdiener Wilhelm Wolf und Hermann Debel. Beobachtungen bestätigten diesen Verdacht. Die beiden ehemaligen Hausdiener hatten den sonst sehr biffigen Gefunden, der sie konnte, vergiftet. Nun konnten sie sich ungehindert bewegen und nachts am Hofe die Kolläden hochheben und stehlen, was ihnen am nächsten lag. So war es auch erklärlich, daß die beiden Männer trotz ihrer Arbeitslosigkeit immer guter Dinge waren. Die Kriminalpolizei ließ sie noch ein Weilchen gemähren, um auch ihre Fehler zu fassen. Auch das gelang. Ein Kriminalbeamter folgte ihnen unbemerkt, als sie mit einem Ballen Tuch Berlin verließen. Die Reise ging nach Rowaves zu einem Handelsmann Hans Vorhers. Da man vermutete, daß dieser wieder einen besonderen Abnehmer habe, so wurde auch er bei allen seinen Bewegungen von einem Kriminalbeamten beobachtet. Es stellte sich aber heraus, daß er „direkt an Privatbankrott“ verurteilt. Als Weber aus Rowaves ging er unstandslos haussieren und hatte sein Haupt-Abgabegbiet im Gesundbrunnen-Bezirk. Nach dieser Feststellung griff die Kriminalpolizei zu und spreitzte die ganze Gesellschaft ein.

Der letzte diesjährige Vortragabend des Vereins Berliner Presse findet am 10. April im Architektenhaus statt. In diesem Abend werden Frau Anna Ritter und Frau Lara Viedig neue Dichtungen lesen. Eintrittskarten sind vom Sonnabend, den 15. d. M., ab in den Buchhandlungen von Kuelang, Potsdamerstr. 123; Lazarus, Friedrichstraße 66; Speyer u. Petrus, Unter den Linden 43; Boyte, Potsdamerstraße 13, und im Berliner Presseklub, Charlottenstr. 37 (Hauptstuhl) zu haben. Abonnements haben keine Gültigkeit.

Feuerbericht. Zweimal böswillig alarmiert wurde die Feuerwehr in der Nacht zum Freitag und zwar nach der Chorinerstraße und nach der Spandauerbrücke. In beiden Fällen gelang es leider wieder nicht, der Thäter habhaft zu werden. Freitag früh kurz nach 7 Uhr, mußte in der Eisenstr. 27 in einer Küche ein Brand abgeköcht werden, der den Fußboden und die Walleinlage ergriffen hatte. Donnerstagsabend gegen 7 Uhr war Elisabethufer 23 in einer Wohnung durch eine umgefallene Petroleumlampe Feuer entstanden, dessen Abkühlung indes in kurzer Zeit erfolgen konnte. Kurz vorher gingen in der Uesdomstr. 102 in einer Schlafstube Betten und Kleidungsstücke in Flammen auf, während in der Chausseest. 28 Papier, Lumpen und anderes in einem Kofett Feuer gefangen hatte. Freitagmorgen hatte die Wehr über eine Stunde zu thun, um einen Balkenlagerbrand in der Fruchstr. 56 zu beseitigen. Nach der Ecke der „Wohnmann“ und Landwehrbergerstraße wurde die Wehr außerdem noch gerufen, weil dort durch ein gestirztes Droschkenpferd die Postkutsche gehemmt wurde. Der Reiter wurde dabei vom Kopf geschnitten und leicht verletzt. Die Feuerwehr beseitigte das Verkehrs-hindernis.

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Die am Montag bei der Wahl zum Gewerbegericht erforderlichen Ausweisscheine zur Wahlberechtigung werden auf den zuständigen Polizeireviere in den Polizeistunden gegen Legitimation auch Angehörigen ausgestellt. Verlaume niemand die Beschaffung derselben. Da auch G e g n e r bei der Wahl kandidieren, ist es dringend erforderlich, daß die Parteigenossen am Plage sind.

Der Kreisstag für Nieder-Barnim tritt am 24. März in Berlin zusammen. Hauptgegenstand der Beratung ist der Kreis-haushalts-Etat. Dieser balanciert auf Grund des Veranschlagtes mit 1 065 820 M. in Einnahme und Ausgabe gegen 1 020 000 M. im Vorjahre. Die Einnahmen setzen sich wie folgt zusammen: Kreisvermögen 8877 M., Gebühren 12 900 M., Dotationen 36 611 M., Kreissteuern 812 000 M. (gegen das Vorjahr 36 000 M. mehr). Ferner kommen in Betracht Beiträge der Ortsarmen-Vereine 21 304 M., Zuschüsse zu den Verwaltungskosten 39 200 M., von den Chausseem 65 937 M. An Kreissteuern sollen 30 Proz. gegen 33 Proz. im Vorjahre in Anspruch gebracht werden. Die hauptsächlichsten Ausgaben sind: Verwaltung des Kreises 1 037 200 M., Kosten des Kreises 126 288 M., Leistungen an den Staat und für die Provinz 337 040 M. (gegen das Vorjahr 37 280 M. mehr). Leistungen für die örtlichen Verwaltungen 43 720 M., zu militär. Zwecken 10 650 M., für das Sanitätswesen 31 520 M., für die Provinz 10 900 M. mehr, für Chausseem und Wege 363 932 M. (gegen das Vorjahr 27 400 M. weniger).

Vom städtischen Arbeitsnachweis in Rigodorf wurden im Monat Februar d. J. von 60 Arbeitgebern insgesamt 98 Personen zur Beschäftigung gesucht, nämlich 13 Handwerker, 2 Fabrikarbeiter, 36 ungelernete Arbeiter, 15 Dienstmädchen, 13 Fabrikarbeiterinnen, 9 ungelernete Arbeiterinnen und 5 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Beschäftigung suchten 475 Personen, und zwar 67 Handwerker, 35 Fabrikarbeiter, 205 ungelernete Arbeiter, 8 Dienstmädchen, 15 Fabrikarbeiterinnen, 11 ungelernete Arbeiterinnen und 44 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Von diesen erhielten nur 84 Personen Beschäftigung nachgewiesen, nämlich 13 Handwerker, 2 Fabrikarbeiter, 35 ungelernete Arbeiter, 8 Dienstmädchen, 13 Fabrikarbeiterinnen, 9 ungelernete Arbeiterinnen und 4 jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren. Telephonische Gespräche fanden 112 statt.

Nach siebenjährigem Streite hat die Gemeinde Adlershof einen Prozeß verloren, der durch den mittlerweile verstorbenen Amtsdirektor v. Oppen veranlaßt ist und ihr ziemlich teuer zu stehen kommt. In seiner Eigenschaft als Polizeiverwalter hatte v. Oppen im Jahre 1894 von den Besitzern einer Privatstraße in Adlershof, dem Kammeramteiler Seeger in Berlin und dem Kaufmann Ohms die Summe von 15 000 M. zwangsweise eintreiben lassen und dieselbe gegen den Widerspruch der Genannten zur Pflasterung der Privatstraße verwendet. Hieraus entpand sich ein Prozeß, der nun vom Kammergericht zu Gunsten der Kläger, bezw., da auch Ohms mittlerweile verstorben ist, der Erben entschieden worden ist. Demselben ist ein Entschädigungsanspruch in Höhe von 14 100 M. nebst Zinsen vom 1. Oktober 1894 ab zugesprochen worden, da nach dem Sachverständigenurteil eines Berliner Bauamts seiner Zeit die Aufwendung von 300 M. zur ordnungsmäßigen Herstellung der Straße genügt hätte. Die aufgelaufenen Zinsen betragen etwa 5000 M., und ebensoviel dürften die Gerichtskosten betragen, welche die Gemeinde außerdem zu deden hat.

Gewichts-Beitrag.

Aus der Ueberbreit- Sturm- und Drangperiode datiert eine Privatklage, zu deren Verhandlung gestern Termin vor dem hiesigen Schöffengericht anstand. Als Kläger trat der lustige Ehemann, Sänger und Schauspieler Koppel gegen Herrn Ernst v. Wolzogen auf. Ersterer wurde durch Rechtsanwalt Dr. Hugo Marcuse, letzterer durch Justizrat Paul Jonas vertreten. Herr Koppel gehörte zu denjenigen, die seiner Zeit Herr v. Wolzogen unteren wurden, er ist zu diesem auch nicht wieder zurückgekehrt. In der damaligen Spannung hatte v. W. dem Privatkläger einen Brief geschrieben, der nun Gegenstand der Beleidigungssache geworden ist, da er in derben und sehr deutlichen Worten dem Privatkläger die Mißachtung v. W.'s zu erkennen giebt. Beim Aufruf der Sache war der Angeklagte v. Wolzogen nicht zur Stelle, ohne daß irgend eine Rundgebung von ihm bei Gericht eingelaufen war. Wie sein Geschäftsführer mitteilte, sei der Angeklagte in Italien durch Erkrankung zurückgehalten. Der Privatkläger erklärte auf Befragen, daß er einen Antrag auf polizeiliche Verhaftung des Angeklagten zu einem nächsten Termin nicht stellen wolle, sondern mit der einfachen Vertagung einverstanden sei, zumal auch die Zeugin Fr. d'Estree nicht erschienen war. Der Gerichtshof beschloß die Vertagung, da die Anregung des Vorsitzenden, die Sache durch Vergleich aus der Welt zu schaffen, von den Parteien nicht aufgegriffen wurde. Der nächste Termin soll vor der am 6. April beginnenden Tournee des Wolzogen'schen Ueberbreit's durch Russland stattfinden.

Veranstaltungen.

Die Vertrauensmänner des Holzarbeiterverbandes waren am Donnerstag ungewöhnlich zahlreich im großen Saale des Gewerkschaftshauses erschienen...

Die Steinbildhauer hielten am 10. März im Gewerkschaftshaus eine öffentliche gut besuchte Versammlung ab, welche sich mit den getroffenen Bestimmungen über ihre Arbeitszeit im Sommer...

Der Arbeitervertreter-Verein hielt am Donnerstag seine Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus ab, in der die Statuten für die geplante Verbandsorganisation zur Beratung standen...

Nach einer längeren Generaldiskussion wurde die Beschlüßfassung, auch die principielle: ob straffe oder lose Centralisation, vertagt...

Von der Neuwahl eines ersten Vorsitzenden konnte Abstand genommen werden, nachdem sich Simanowski auf Wunsch der Versammlung bereit erklärt hatte...

Wettkämpfe. Am 12. Februar fand in Weihensee eine außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes statt...

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag den 16. März, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindekirche, Kleine Frankfurterstraße 9...

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg). Filiale Berlin 2. Sonntag, den 16. März, vormittags 10 1/2 Uhr...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sperrkante findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Waltfänger. 3 bis 5 Jahre. G. S. 10. Rein. R. 100. 1. Wenn nicht etwa seit dem 1. Januar 1899 ein Antragsformular...

10 Stunden vorgeschrieben ist. Die gefälligen Beschlüssen finden Sie S. 105 bis 108 des in den öffentlichen Verlagen ausliegenden ersten Nachtrags zum Arbeiterrecht...

Weiter Prognose für Sonnabend, den 15. März 1902. Etwas kühler, teilweise wolkig bei ziemlich frischen südlichen Winden...

Theater. Sonnabend, den 15. März. Cyrenhaus. Der Ring des Nibelungen. Götterdämmerung. Anfang 8 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Radmittags 4 Uhr: Klein Däumling. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Sonnabendabend 8 Uhr: Der Probekandidat. Schauspiel in 4 Akten v. Max Dreyer.

Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Thalia-Theater. Dresdenerstrasse 79/73. Abends 7 1/2 Uhr: Seine Kleine. Große Aufführungspoker mit Gesang und Tanz in 3 Akten.

Schall und Rauch (Kleines Theater). Unter den Linden 44. Heute, den 15. März, abds. 8 1/2 Uhr: Gastspiel von Eman. Reicher.

Freie Volksbühne.

Heute Sonnabend, 15. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr — Brauerei Friedrichshain
*** Lieder- und Balladen-Abend * Märzfest**

Nach dem Konzert: **Fest-Ball.**

Festmarken a 50 Pf. in allen Zahlstellen.

Reservieren von Stühlen unterfragt.

Der Vorstand. J. A.: G. Winkler.

Palast-Theater
 (früher Feen-Palast)
 Burgstr. 22.
 Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
 Das brillante neue
März-Programm!
 12
Kolossal-Nummern.
 Das Neueste vom Neuesten.
 Um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: Großer Erfolg:
Die Weichenfee.
 Berliner Volksstück mit Gesang.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.

Sanssouci
 Kottbuserstr. 4a.
 Jeden Sonntag, Montag
 und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sängerkorps
 Nach jeder Soliree:
Tanzkränzen.
 Sonntag, den 16. März:
Der Kesselflicker.
 Charakterbild mit Gesang in 1 Akt.
 Palmsonntag: „Der Goldbauer“
 mit dem Berliner Schauspiel-Verein.

Deutsche Konzerthallen.
 An der Spandauer Brücke 3.
 Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u.
Specialitäten-Vorstellung
 Tägl. Anstich des „Urbock“
Bockbier-Jubiläum u. Trubel
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
 Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
 Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Casino-Theater.
 Volzingerstr. 37.
 Um 9 Uhr: **Ihre Familie**
 von Engels und Stinde.
Mit bedeutenden Gästen.
 Vorher das
 großartige Specialitäten-Programm.
 Anfang Wochen. 8 Uhr. Sonntag 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 Sonntagmorgen. 4 Uhr: „Lieder
 des Musikanten“.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erfrischende Specialitäten. J. M. Hütt.
 Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hütt.
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme
 (Endstation der „Störn“-Dampfer)
 Inhaber: Hermann Peter. Grünau Nr. 30.
 Empfehle mein allbekanntes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes
 Hotel den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
 Aufschwammung und Dampferliege, Regelmäßig, große Kaffeehalle.
 Gute Küche und bestgelegene Bier zu soliden Preisen. 35772*

Restaurant „Neuer Krug“.
 an der Obersee zwischen Müggel- und Damerisee, Bahnhofsstation
 Neu Rahnöfers, in 10 Minuten zu erreichen.
 empfiehlt sein Lokal für größere Vereine und Gesellschaften bis
 3000 Personen. 35210*
 Frits Domning, Gastwirt.

Schlosspark Wilhelminenhof,
 Stadtbahn-Station Nieder-Zobnoweide.
 Jeden Sonntag: **Grosses Bockfest, Konzert und Ball.**
Ausschank Original-Urbock.
 NB. Vereinen zu Sommerfesten bestens empfohlen. 34500*
 Telefon: Amt Nieder-Zobnoweide Nr. 23.

Seiden-Hut-Fabrik
 von 36183*
Carl Renz,
 3. Oranien-Strasse 3.
Grosses Schirmlager. Reelle Bedienung.
Jede Uhr
 zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Aufgehens
 nur 1 Mk. 50 Pf., außer Bruch, keine Reparaturen billiger.
 Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen.
 Dataten-Training, 900 gef., 1/2, Dataten 15,50, 2 Dataten 30,50.
 Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Echte Rathenower Brillen
 Divines, Operngläser. 35590*
 T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an
Knabenhüte „0,75“
 Größtes Lager in Strohhüten
 von den einfachsten bis zu den feinsten Genres!
 Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen.
 Mützen, Kravatten. 9340*
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,
 Ecke Statlerstraße.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonntag, den 16. März 1902, vormittags 10 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

bei Buggenhagen, am Moritzplatz.
 Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Walfeder. 2. Wahl eines Bildhauers.
 Zu dieser Versammlung werden keine Kaufgelder verlangt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Zahlreichen Besuch erwartet

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.
 Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
 Burleske Ausstattungssposse mit
 Gesang und Tanz in 1 Vorspiel
 und 4 Bildern von Julius Freund.
 Im 4. Bilde:
Frauchens Geburtstagsfest.
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.
 Der Cirkus bleibt nur noch kurze Zeit!

Cirkus Alb. Schumann

Heute, den 15. März, abds. präc. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
XXIV. Grande Soirée High-Life.
 Gala-Programm und neue Debüt.
 Außerdem: Die großartigen Wä-
 Specialitäten. II. a.: Neu! Zum
 6. Mal: Die phänomenale
Bicycle-Treppenfahrt
 des Amerikaners Mr. Chester
 aus einer Höhe von 36 Meter.
 Sensationelle Kostüm!
? She ?
 Das lebende Rätsel.
 Neu! Vorstellung der 4 Elemente
 mit feinsten Licht-Effekten
L'écuycère lumineuse.
 Hrl. Dora Schumann.
 Zum Schluss: Der Witt durch Feuer
 und Flammen
Push-Ball. Das neueste hoch-
 interessante ameri-
 kanische Sportspiel, ausgeführt von
 12 Amerikanerinnen und 10 Herren.
 Zum Schluss: Die große phantastisch-
 romantische Ausstattungs-Pantomime
Mephisto
 Ca. 500 Minut. Feinde. Neue Einfagen.

Achtung! Kleber. Achtung!

Sonntag, den 16. März, mittags 1 Uhr, bei Jannasch, Zuseher. 10:
Große öffentliche Versammlung
aller Kleber Berlins u. Umgegend
 Tages-Ordnung:
 1. Der Erfolg des Streiks und unsere fernere Taktik. 2. Diskussion.
 Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Klebers,
 in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umg.
Die Sektionsleitung der Kleber des Verbandes.
 177/14 J. A.: Jack Vossom, Statlerstr. 116.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Sonnabend, den 15. März, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Konferenz der Vertrauensleute d. Nordens
 bei Dicke, Ritterstraße 123.
 Die Bezirksversammlung für Charlottenburg fällt aus wegen
 der Generalversammlung. Ebenso die Versammlung der Präfer, Dohler
 und Böhrer. 112/10
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
 Sonntag, den 16. März, nachmittags 6 Uhr, im Lokal des Herrn
 Raabe, Kolbergstraße 23:
Große öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn K. Heilmann über: Reine oder parteiische
 Gewerkschaften 2. Diskussion. 3. Bericht über den Verlauf der
Geselliges Beisammensein mit Tanz. 64/6
 Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Rixdorf.)
 Montag, den 17. März 1902, abends 8 Uhr,
 im Lokal des Herrn Meier, Rixdorf, Steinmetzstr. 113:
Gr. öffentliche Versammlung
aller in der Gummi-, Linoleum-, Speise-Fett- und
Sprit-Fabrik, bejährt. Arbeiter u. Arbeiterinnen Rixdorfs.
 Tages-Ordnung:
 1. „Was lehrt und die gegenwärtige wirtschaftliche Krise?“ Referent:
 Genosse Cbr. Schöneberg. 2. Diskussion. 3. Bericht über den
Pflicht der Arbeiter und Arbeiterinnen ist es,
in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Einberufer. J. A.: G. Bennwitz. 64/5

Verband der Möbelpolierer.

Morgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr, bei Keller, Roppenstr. 29:
Ausserordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Welche Folgen haben wir durch den Arbeitsnachweis der Innungen
 zu gewärtigen und wie können wir denselben bekämpfen? 2. Wie feiern
 wir den 1. Mai? 3. Bericht über den Verlauf der
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, daselbst zu erscheinen.
 Montag, den 17. März, abends 8 Uhr, Rölke-Strasse 20:
Oeffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Karow über „Berufskrankheiten“. 2. Diskussion.
 3. Bericht über den Verlauf der
Die Mitglieder nebst Frauen von Weissensee
werden gebeten, zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Verband der Maschinisten und Heizer, sowie Berufsgenossen Deutschlands

(Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend).
 Am Sonntag, den 16. März, nachmittags 5 Uhr, in Cobus
 Festsaal, Benthstr. 20:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Herrn Ing. Matthes über: Die neuesten Erscheinungen
 auf dem Gebiet der Elektrotechnik in Bezug auf /Strombahnen, Hoch-
 und Schnellbahnen. 138/6
Die Ortsverwaltung.

Küfeker's

BESTE NAHRUNG FÜR
 gesunde & darmlinke Kinder
Kindermehl

Die Gehäube des Uhrentagers des verstorbenen
 Uhrmachers **Aug. Böhme, Taubenstr. 43,**
 sollen in kürzester Zeit geräumt sein. Sogleichster Einkauf von
 besseren Uhren, astronomischen Pendeluhren, Regulatoren, goldenen
 oder silbernen Taschenuhren etc.
Ganz besonders günstige Gelegenheit
für Einsegnungs-Geschenke.
 Silb. Knabenuhren von 10 Mk., gold. Damenuhren von 15 Mk. an

M. Samolewitz

Heidelbergerstr. 30
 gratulieren zu seinem 25jährigen
 Geschäftsjubiläum aus herz-
 licher!
 S. D., W. F., S. V., J. G.,
 S. 23.
 Nehme hiermit die Beileidigung
 gegen Herrn G. Schröder zurück.
 Frau Neheband, Jennstr. 47.

Eigene Confection.

Elegante
Costümröcke
 [3572L*]
enorm billig
 in Tuch, Zibeline,
 Sammartin und Gombepun,
 6 Mk., 7 Mk., 10 Mk., 12 Mk.,
 15 Mk., **Seidendamast**
 25 Mk., Kapas 4.50 Mk., 6 Mk.,
 bis 30 Mk., weiss Cheviot
 und Piqué 3, 5, 7-15 Mk.
Jaketkleider
 elegante Façons.
Sackkleider
Blusenkleider
 leichte Neuheit
 in Zibeline, Neversibel,
 Cheviot, Covercoat und
 Gombepun,
 15 Mk., 20 Mk., 25 Mk.
Einsegnungskleider
 15 Mk., 18 Mk., 20 Mk.
Seidenblusen
 6.50 Mk., 8 Mk., 10 Mk., 15 Mk.
 Blusenhemden
 1.75 Mk., 2.50 Mk.
Golfcapes 6 Mk., 8 Mk., 10 Mk.
Schwarze, glatte u. befähigte
Capes und Kragen
 12 Mk., 15 Mk.
Jakets,
Sackpaletots,
moderne Façons
 in vorzüglichem Stoff und tadel-
 loser Verarbeitung
 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.
Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstraße.
 Ecke Lindenstraße.
Maassanfertigung.

Clara Röhl

geben Fechner
 sagen wir allen Beteiligten hierdurch
 unsern herzlichsten Dank. 1171b
 Die Geschiedenen Hinterbliebenen.
Orts-Krautentasse
der Möbelpolierer.
 Ordentliche
General-Versammlung
 am 23. März, nachm. 2 Uhr,
 bei Mierowski, Andreasstr. 26.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresbericht. 2. Bericht der
 Revisoren (Eckharte-Stein). 3. Ber-
 richt des Vorstandes. 4. Anträge.
 5. Bericht über den Verlauf der
 271/1
 Berlin, 15. März 1902.
Der Vorstand.

SPECIALITÄT: Solide 3606L* bürgerl. Einrichtungen

von 150-3000 Mark.
 Bar oder
 Teilzahlg.

Möbel

Keine Ladenmiete,
 Geringe Unkosten,
 Grosser Umsatz
 daher
 Reels Ware,
 Niedrige Preise,
 Coual Bedingungen.

Wilh. Misch
 Berlin NO.,
 Gr. Frankfurterstr. 45-461
 Kein Kaufzwang.

Kinderschw., Sport-, Rollen-,
 Reiter- u. Regenbockwagen,
 Eisernen Verstellbar u. Kran-
 senwagen für Ge-
 wächshäuser u. An-
 der. Preise bill.
 Auch Teilzahlg.
 H. W. Schulz
 N. Braunenstr. 93
 a. Hof-Geländstr.
 Fernsp. III, 1767

Die schönsten Herren-

Anzüge. Herrengarderobe in neu,
 sowie special 3590-2*
Monatsgarderobe
 von Kadalkern zurückgelegt.
 Socken, fast neu, für jede Figur
 passend, sind in grösster Auswahl zu
 staunend billigen Preisen stets zu
 haben.

J. Wand, Prinzenstr. 17,
 Ecke Wasserhofstraße.

Masken-Garderobe
 von
Carl Ernst,
 Köpnickstr. 126, 1 Tr.
 Grösste Auswahl!
 Billigste Preise!
 Vorzeige dieser Annonce
 reb. 10% Preisermäßigung

Wilhelm II. und die amerikanische Presse.

Darüber, weshalb wohl Wilhelm II. die amerikanischen Journalisten als halbe oder ganze Generale einrangiert hat, während er in den deutschen Redaktionen seiner Zeit nur die „verkommenen Spinnasfassen“ sah, ist jetzt genug geschrieben und gesagt worden. Auch erstaunt diese Verschiedenartigkeit der Beurteilung uns vaterlandslose Wesen wohl am wenigsten. Aber eine andre Seite der Sache blieb bisher ganz unbeforscht, obwohl sie viel interessanter ist als Spekulationen auf die plötzliche Hochachtung des Kaisers vor der großen Presse. Die amerikanischen Pressen sind doch nicht als solche geboren gewesen. Sie haben erst nach und nach Elemente von solchem Rang werden müssen, und wie sie es geworden sind, geworden im nächsten Momenten und lärmendsten Konkurrenzkampf, wie er Amerika eigentümlich ist, verdient schon deshalb eine nähere Betrachtung, weil es belamüht in Preußen schon sehr vielen reichen Leuten vorgebildet ist, in die hoffähigen Kreise einzudringen, geschweige denn „beinahe kommandierende Generale“ zu werden. Sind denn nun die Geschäftstitel der amerikanischen Pressen so zweifellos und reputierlicher Art, daß sie ihr Einwirken in die höchste Rangliste erklären?

Wir haben gewiß keine allzu große Meinung vom bürgerlichen und vaterlandspatriotischen deutschen Pressewelt, aber bei einem Vergleich mit den „beinahe im Range kommandierender preussischer Generale“ lebenden amerikanischen Pressen brauchen demnach weder Scherl noch Sonnemann noch Kasse zu erröten. Hätten wir in Preußen-Deutschland dieselbe bürgerliche Pressefreiheit, die in Amerika der großen Zeitung erlaubt, in jedes amtliche Bureau und jedes Gericht einzudringen, das Staatsoberhaupt so gut wie den letzten Polizeibeamten, den öffentlichen Funktionär so gut wie den Privatmann zu beobachten und zu kritisieren, wie in Amerika, so hätten wir wohl schon dieselben mächtigen Zeitungsmillionäre im Range kommandierender Generale, wie wir denken. Und insofern liegt ja allerdings eine sehr verdiente Kritik für das deutsche Bürgertum in den Worten Wilhelm II., als es einmal sogar von seinem Monarchen gesagt bekommt, wie jämmerlich es sich seit 1848 seine bürgerlichen Freiheiten hat nehmen lassen, auch die Pressefreiheit, die Leiter zum politischen und wirtschaftlichen Erfolg, auf der amerikanischen Zeitungsmacher zu schwindelnder

Machtgröße stiegen! Unrecht aber bleibt es, anzunehmen, die kommandierenden Generale der amerikanischen Presse hätten im übrigen mehr Geist oder Energie aufzuwenden müssen, um das zu werden, was sie drüber sind. James Gordon Bennett der Vater, der 1872 seinem Sohne den „New York Herald“ als „bedeutendste“ amerikanische Zeitung mit einem Jahresumsatz von hinterließ, baute dieses auf, weil er als erster die journalistische Geheimmittel-Klasse in der Skrupellossten und ungenierlichsten Weise zu organisieren verstand. Man weiß, daß die Weltanschauung, die er in den vierziger Jahren mit einem Schwindelapotheker einging, den Grund zu seinen Millionen legte. Sein Sohn verstand dann, die „öffentliche Meinung“ als internationalen Handelsartikel zum erstenmale riesenfähig auszugeben. Er gründete eine britisch-nationale Londoner Ausgabe des „Herald“ und eine solche für Paris, in welcher er alles possieren ließ, was in Frankreich Sympathien hatte. Die letztere machte ebenso fanatisch in Deutschland, wie das New Yorker Mutterblatt deutschfreundlich war. Gegen solche Riesen-Experimente in politischen Ansichten war allerdings der Hochberger Konnerziat ein armer Schwächer, der das freisinnige und das konservative Blatt seiner Stadt gleichzeitig besah und dessen Geldkäse immer gut gehen mußten, ob nun konservativ oder freisinnig gerade Trampf war! Und auch das Berliner Scherl-Konfession, das vom Kriegervereinsorgan bis zum radikal-demokratischen Vorkampfe alle Bedürfnisse und Schattierungen der öffentlichen Meinung befriedigt und finanziell ausdehnt, ist noch nicht auf der Höhe amerikanischer Presseschäfte angelangt.

Andererseits gebührt das Verdienst, aus der niedrigsten Spekulation auf die gewöhnlichsten Instinkte der Masse den raffiniertesten Gewinn gezogen zu haben, einem andern amerikanischen Pionier. Der aus Ostpreußen eingewanderte Jude Josef Pulitzer hat die New Yorker „World“ vom Beginn der achtziger Jahre ab zu einem Millionärsmittelmeer gemacht, daß ihm alle Mittel heilig waren, um Sensation zu machen. Er ist der Schöpfer der sogenannten „gelben“ Blätter, die sich in drei- und sechsmonatigen täglichen Extravaganzen mit Riesenaufgaben und schrecklicher Kasse überstürzen, er hat die tolle Jagd nach Aufsehen erregenden Nachrichten um jeden Preis, die Ausbeutung eigener Vagabunden, Schiffe, Expeditionen usw. nicht zu eruchen, sondern zu Kasse zu treiben auf die schwindelhafte Spitze getrieben, die sie vor einem Jahrzehnt in Amerika erreichte. Seine Unternehmungen meinten

ernstere und kleinere amerikanische Blätter, als sie von einem „Blut der Verwilderung“ sprachen, der zwar die Taschen des Arrangeurs füllte, aber eine Geißel der jungen Generation sei. In der bekannten amerikanischen Revue „The Forum“ hat ein aufmerksamer Beobachter dem Pulitzer vor Jahren statisch nachgewiesen, wie dieser gewandte Abkömmling aus dem Geschlecht der Edmonds durch die treibhausartige Pflege der persönlichen Klatschereien sein Blatt zur Mächtigkeits- und Konkurrenz ebenfals zur Hochachtung und Verwilderung zwang, so daß der Raum für ernsthafte politische und literarische Besprechungen zusammenschmolz wie Butter an der Sonne. Man nehme hinzu, welches mächtige Mittel für das Emporkommen amerikanischer Presseleute ihre politische und geschäftliche Kämpflichkeit in der ausgebildeten Bourgeoisrepublik der Welt war und ist, wie neubel die größten deutsch-amerikanischen Blätter seit Jahrzehnten ungestraft vom massenhaften Raub aus der modernen deutschen Literatur leben, weil sie kein Schutzvertrag zwischen Amerika und Deutschland daran hindert — und man hat ein Bild von der furchtbaren kapitalistischen Korruption, auf welche sich die „Größe“ der amerikanischen Presse gründet, denen Prinz Heinrich die Größe seines kaiserlichen Bundes ausrichtete. Welche Waisensöhne sind die „verkommensten“ deutschen Journalisten gegen die „kommandierenden Generale“ der amerikanischen Presse!

Womit wir natürlich keinen einzigen preussischen kommandierenden General zum Protest aufreizen wollen! Im Gegenteil! Wir können es den preussischen Junkern von Herzen, daß ihnen auch auf diesem Umwege Respekt vor den zwar etwas madigen, aber äußerlich ansehnlichen Früchten beigebracht wird, die in den höchsten Zweigen großkapitalistischer Riesenbäume hängen. Die „Kreuzzeitung“ hat zwar schon den Versuch gemacht, sich dieser Bekehrung widwillig zu entziehen, indem sie meinte, Wilhelm II. habe offenbar lediglich auf die gute Honorierung amerikanischer Journalisten anspielen wollen. Dem widerspricht aber die ganze Rede des Prinzen Heinrich mit dem hochachtungsvollen Gruß Wilhelm II. an die Emporkömmlinge der amerikanischen Presseschafferei. Es bleibt dabei, daß ein patriotisches preussisch-deutsches Gemüt jetzt jene Presseleute nehmen muß wie sie werden und wie sie sind, als Faktoren, die Wilhelm II. Achtung einflößt haben, was eine tröstliche Aussicht für alle eröffnet, die sich bemühen, in den schönen Spuren Scherls auch dießmal des Ozeans zu wandeln. Wie auf dem Gebiete der Kunst, so sehen wir auch auf demjenigen des preussisch-deutschen Pressewesens einer „herrlichen Blüte“ entgegen...



Gottlieb Weiss SCHÖNEBERG

151 Hauptstr. 151
Special-Haus größten Maßstabes.
Selten günstige Kaufgelegenheit!

- | | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Frühjahrs-Anzüge , neueste Schnittformen, viele neue Muster
Jetzt 18.—, 15.—, 12 Mk. | Vornehme Mass-Anfertigung! | Frühjahrs-Paletots , ganz neue Schnittformen, Jetzt 18.—, 16.—, 14.00 Mk. |
| Frühjahrs-Anzüge , nur solide Qualitäten, hervorragende Neuheiten
Jetzt 30.—, 27.—, 23.— 18 Mk. | Hosen nach Mass 18.—, 15.—, 12.—, 5.50 Mk. | Frühjahrs Paletots , Ersatz für Mass, streng reell u. neueste Muster
Jetzt 28.—, 20.—, 18.00 Mk. |
| Frühjahrs-Anzüge , Ersatz für Massarbeit . . . Jetzt 36.—, 30.—, 24 Mk. | Anzüge nach Mass 58.—, 50.—, 45.—, 30.—, 22.00 Mk. | Frühjahrs-Beinkleider , neue Muster, Jetzt 9.—, 7.—, 3.30 Mk. |
| Rock- u. Gehrock-Anzüge , schwarz, blau u. in den neuesten Melangen
Jetzt 36.—, 30.—, 27.— 21 Mk. | Paletots u. Raglans nach Mass 45.—, 40.—, 36.—, 25.—, 20.00 Mk. | Jünglings- und Knaben-Anzüge , neue Modelle, feste Stoffe, 12.—, 9.—, 6.—, 3.30 Mk. |
- Feste Preise. — Nur eigenes Fabrikat u. ausschließlich solide Schneiderarbeit.



Einsegnungs-Anzüge, neueste Façons in blan und schwarz Kammgarn u. Cheviot.

Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße Nr. 141, Ecke Fruchtstraße. 34763

Bereine!
1. Osterfeiertag: Saal frei geworden.
Klubhaus, Kommandanten-Str. 72

Treptow.
Köpnicker Landstr. 27.
empfehlen seinen kleinen Saal, 250-300 Personen fassend, zu jeder Art von Festlichkeiten.
Jeden Sonntag **Großer Ball.**
Bis Bier 10 Pf., Große Weisse 25 Pf.
Reichhaltige Speisekarte zu sehr soliden Preisen.
6365 R. Hohlwein.

Strand-Restaurant am Wäggelsee
zwischen Rüggeleschloß u. Küstendamm.
Empfehle Jagd, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügende Nebengebäude. Vorrichtungen aller Art. Coullante Preise.
35133 **H. Degebrott,**
„Strandblich“, Köpenick.

30 Mark
hochfeine Sommerpaletots.
30 Mark
hochfeine Herrenanzüge.
12 Mark hochfeine Kleider.
Anfertigung nur nach Maß.
Unter Stoff, tabelliert S. 13. (35101)
14 Krausenstraße 14,
1 Tr., Tel.-Kant. I Nr. 3708. 1 Tr.

Gebrüder Bell, Gräfrath bei Solingen. Neues Geschäft-Veranstaltung am Plage. — Gegründet 1876.

14 Tage zur Ansicht versenden wir franco prima Nickelkette Nr. 965 genau wie Zeichnung 27 cm lang nach Wunsch mit Luaste oder Kompass-Anhänger, damit sich Jeder ohne Risiko von der Qualität und Auslieferung überzeugen kann. Besteller verpflichtet sich, in angegebener Zeit die Kette zu retournieren oder den Betrag von **nur Mark 1.50** einzulösen.

Sollte angeforderte Nummer Ihrem Wunsche nicht entsprechen, so verlangen man neuesten Hauptkatalog für's Jahr 1902 (ohne Kaufzwang) gratis u. franco. Derselbe enthält außer angeführter Nr. noch ca. 80 verschiedenartige Herrenketten, ferner große Auswahl in Damenuhr- u. Halsketten, Broschen, Ringen, Taschenuhren, Regulatoren, Weder, Portemonnaies, Pfeifen, Spazierstöcke, Fernrohre, Feldstecher, Schuß- u. Stichwaffen, Waagen, Sensen, Reben- oder Gartenschere, Gärtnermesser, Prob-, Schlacht-, Gemüße-, Hack- u. Wegemesser, Taschenmesser, Rasiermesser, Tafelmesser und Gabel, Damen-, Haar- und Schneiderschere, Haarmaschinen, Rasierentfalten, Musikinstrumente und sonstige Schmuck- und Haushaltungsarbeiten.

Weder wie ein Gift nur gegen Nachnahme, bitten genau auf unsere Firma zu achten.

Catalog enthält Neuheiten in Handwerker-Uhrketten für Schuster, Zimmerleute, Maurer, Metzger, Klempner, Böttcher, Schlosser, Bäcker, Schreiner, Dachdecker, Schmiede und Bergleute.

„Zweifelssee“ In den Müggelbergen. „Marienlust“.
Inhaber: **O. Streichbahn.**
Empfehle beide Lokale mit großen Sälen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit Dampferbrücken, Stallungen für 40 Pferde etc.

Schmöckwitz.
Restaurant „Seddin-See“
empfehlen sein schön gelegenes Lokal zu Dampferpartien, Rudern und Radfahren. Großer schöner Garten für 2000 Personen. Zwei große Zelte, Regelmäßig etc. — Stelle die billigsten Dampfer zur Verfügung. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
35752
Freundlichst ladet ein **Aug. Noack.**

Berlin Hutbazar
größter empfiehlt sein enormes Lager in **Film- und Seiden-**

Hüten.
Prima Qualität, neue Façons, eleganteste Ausstattung.
Jeder Filzhut 3 Mark.
61. Potsdamerstraße 61.

Kränze und Blumen
empfehlen (10775)
F. Jacobitz, Köpenickerstr. 46.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 59.
Spezialarzt für **11/13 Haut- und Hornleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Hüte
müß man beim **Hutmacher** kaufen.

Großere Auswahl und billigere Preise wie in Warenhäusern und Bazar.
Größte Garantie für feinste Ware selbst in den billigsten Qualitäten.
Holländische der Gulimber und besser Filzhüte für empfindliche Köpfe sofort mit der Maschine (Convormator).
Reparaturen an den von mir gelieferten Hüten äußerst billig. Kleine Reparaturen gratis in eigener Werkstatt.
Stoffs u. welche Filzhüte v. 2. 1.90 an
Echte Velourhüte . . . 7.30
Imit. Velourhüte . . . 3.50
Cylinder . . . 4.30
Chapeaux cloques . . . 7.70

M. Radtke, Hutmacherstr., Berlin O.,
Krausenstr. 50, Eingang vom Für.
Jeder Käufer erhält eine reizende Wandtafel mit Adressen-Lender gratis.

Genetl. erl. Serien-Lose
Abw. d. Haupttreffer 1. Platz
300 000
178 500, 135 000, 120 000 etc.
Jedes Los ein Treffer.
Wöchliche Ziehung 1. April.
Monat. Beitrag 2 R. 3.— u. 5.50.
L. Johansen, Apenrade 23.

Unerreicht billig
Unerreicht elegant
Unerreicht haltbar
Unerreicht sauber gearbeitet
Unerreicht gut sitzend
Unerreicht sich tragend
sind meine

Einsegnungs-Anzüge.

Ich empfehle dieselben in **Satin-Kammgarn** von 11 Mk., von **Piqué-Cheviot** von 11 Mk., von **Rips- oder Diagonal-Kammgarn** von 15 Mk., von **Diagonal-Cheviot** von 14 Mk., von **schwerem Kammgarn** oder **englischem Cheviot** von 20 Mk. bis zu den feinsten Qualitäten.
Die Preise richten sich nach der Größe und sind streng fest.

Carl Stier,
Berlin, Oranien-Strasse No. 166, **Potsdam,**
zwischen Oranienplatz und Adalbertstrasse. Nauenerstr. 23.

